

BESSERE BILDUNG FÜR HESSEN IST MÖGLICH!



Informationsbroschüre der
Landesarbeitsgemeinschaft
Bildung FREIE WÄHLER Hessen

www.freiewaehler-hessen.de



**FREIE
WÄHLER**
Hessen

FREIE WÄHLER sieht **Bildung** als höchstes Gut, das Mitglieder einer modernen Gesellschaft erwerben können.

Die vorliegende Broschüre zum Thema Bildung dokumentiert die jahrelange Arbeit der LAG-Bildung FREIE WÄHLER Hessen und macht deutlich, dass eine **bessere Bildung für Hessen** möglich ist.

Inhaltsverzeichnis

Gleiche Chancen für alle Kinder.....	Seite 4-5
Einheitliche Bildungsstandards	Seite 6-7
Qualitätsorientierte und gebührenfreie Bildung für Alle!	Seite 8-9
Kluge Köpfe braucht das Land – Auszug aus dem Landeswahlprogramm.....	Seite 10-15
FREIE WÄHLER zeigt eine klare Haltung zu allen Bildungsthemen des Landes Hessen – Pressemitteilungen	Seite 16-27
Weiterarbeit der LAG-Bildung – Marode Schulen	Seite 28-29

Gleiche Chancen für alle Kinder – für die Kleinsten nur die beste Qualität

FREIE WÄHLER Hessen fordern:

- ✓ **Frühkindliche Bildung als Zukunftschance nutzen**
- ✓ **Fachkräftegebot in allen Bereichen der Frühen Bildung**
- ✓ **Bildungspolitik aus einem Guss**
- ✓ **Gebührenfreie Bildung für alle Kinder von Anfang an**

Freie Wähler fordern: Frühkindliche Bildung als Zukunftschance nutzen!

Für die Kleinsten nur die beste Qualität!

Wir wollen eine pädagogisch hochwertige Bildung, Betreuung und Erziehung in Hessen sicherstellen.

Die Grundvoraussetzungen dafür sind einheitliche Ausbildungsinhalte sowie Ausbildungsvorgaben für alle zukünftigen Erzieher und Erzieherinnen.

- ✓ Landeseinheitliche Erzieherausbildung mit eigenem Schwerpunkt „Frühkindliche Bildung“
- ✓ Leitungs- und Führungskräfte stärken

Fachkräftegebot in allen Bereichen der Frühen Bildung

- ✓ Gruppenleitungen in Krippen und Kitas übernehmen ausschließlich ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher
- ✓ Kitaleitungen und Krippenleitungen übernehmen ausschließlich ausgebildete Elementarpädagogen / Sozialpädagogen (Hochschulstudium)
- ✓ Das Arbeitsfeld für Erzieherinnen und Erzieher mit dem Schwerpunkt „Frühkindliche Bildung“ ist die Arbeit mit den Kindern
- ✓ Das Arbeitsfeld für Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern / Sozialassistenten und Sozialassistentinnen ist die Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher in den Gruppen als Ergänzungsfachkräfte. Erzieher und Ergänzungsfachkräfte arbeiten „Hand in Hand“ zusammen.

Freie Wähler fordern: Bildungspolitik aus einem Guss!

Gleiche Chancen für alle Kinder – Bildungsgerechtigkeit von Anfang an!

- ✓ Frühkindliche Bildung stärken: Bildung – Erziehung – Betreuung
- ✓ Verantwortung übernehmen: verpflichtender Bildungs- und Erziehungsplan (für Kinder von 0-10 Jahren) mit den Schwerpunkten Krippe, Kindergarten und Grundschule
- ✓ Bildungsrecht und Bildungspflicht in den Kitas: verbindliche Bildungsqualität mit einem Kerncurriculum ab dem 4. Lebensjahr in allen Kitas
- ✓ Bildungsrecht und Bildungspflicht in den Grundschulen: verbindliche Bildungsqualität mit einem Kerncurriculum vom 1. bis zum 4. Schuljahr

Freie Wähler fordern: Gebührenfreie Bildung für alle Kinder von Anfang an!

Eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbildung bzw. Studium) ist oberstes Ziel für Bildungsgerechtigkeit.

Wir wollen die gebührenfreie frühkindliche Bildung in hoher Qualität im Land Hessen.

Unser Flyer zum Thema „Gleiche Chancen für alle Kinder“



FREIE WÄHLER fordern:
Hessen

**Frühkindliche Bildung
als Zukunftschance nutzen**

**Fachkräftegebot in allen
Bereichen der Frühen Bildung**

**Bildungspolitik
aus einem Guss**

**Gebührenfreie Bildung
für alle Kinder von Anfang an**

Ausführlichen Informationen
zu unseren Forderungen hinsichtlich
der frühkindlichen Bildung finden Sie
auf unserer Homepage
> www.freiewaehler-hessen.de
> Programm
> Frühkindliche Bildung





Kontakt

Cornelia Henkel
Leiterin der LAG Bildung
lag@bildung.freiewaehler-hessen.de

Landesgeschäftsstelle
Friedrichstr. 14 · 35392 Gießen
Postfach 10 10 39 · 35340 Gießen
Tel.: 0641 49411688
geschaeftsstelle@freiewaehler-hessen.de

YouTube  



**Gleiche Chancen
für alle Kinder.**

**Für die Kleinsten
nur die beste
Qualität!**



FREIE WÄHLER
Hessen
www.freiewaehler-hessen.de



FREIE WÄHLER
Hessen
www.freiewaehler-hessen.de

**Freie Wähler fordern:
Frühkindliche Bildung als
Zukunftschance nutzen!**

**Für die Kleinsten nur
die beste Qualität!**

Wir wollen eine pädagogisch hochwertige
Bildung, Betreuung und Erziehung in Hessen
sicherstellen.
Die Grundvoraussetzungen dafür sind einheit-
liche Ausbildungsinhalte sowie Ausbildungs-
vorgaben für alle zukünftigen Erzieher und
Erzieherinnen.

- Landeseinheitliche Erzieherausbildung
mit eigenem Schwerpunkt „Frühkindliche
Bildung“
- Leistungs- und Führungskräfte stärken

**Fachkräftegebot in allen
Bereichen der Frühen Bildung**

- Gruppenleitungen** in Krippen und Kitas
übernehmen ausschließlich ausgebildete
Erzieherinnen und Erzieher
- Kitaleitungen und Krippenleitungen**
übernehmen ausschließlich ausgebildete
Elementarpädagogen / Sozialpädagogen
(Hochschulstudium)
- Das Arbeitsfeld für Erzieherinnen und
Erzieher** mit dem Schwerpunkt „Früh-
kindliche Bildung“ ist die Arbeit mit den
Kindern

- Das Arbeitsfeld für Kinderpflegerinnen
und Kinderpflegern / Sozialassistenten
und Sozialassistentinnen** ist die Unter-
stützung der Erzieherinnen und Erzieher
in den Gruppen als Ergänzungsfachkräfte.
Erzieher und Ergänzungsfachkräfte arbei-
ten „Hand in Hand“ zusammen.

**Freie Wähler fordern:
Bildungspolitik aus einem Guss!**

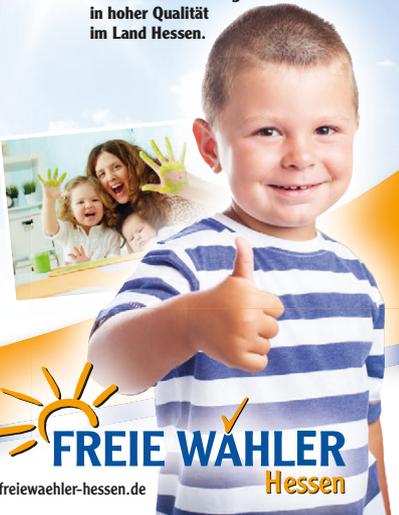
**Gleiche Chancen für alle Kinder –
Bildungsgerechtigkeit von Anfang an!**

- Frühkindliche Bildung stärken: Bildung –
Erziehung – Betreuung
- Verantwortung übernehmen: verpflichten-
der Bildungs- und Erziehungsplan (für Kin-
der von 0-10 Jahren) mit den Schwerpunk-
ten Krippe, Kindergarten und Grundschule
- Bildungsrecht und Bildungspflicht in den
Kitas: verbindliche Bildungsqualität mit
einem Kerncurriculum ab dem 4. Lebens-
jahr in allen Kitas
- Bildungsrecht und Bildungspflicht in den
Grundschulen: verbindliche Bildungsqua-
lität mit einem Kerncurriculum vom 1. bis
zum 4. Schuljahr

**Freie Wähler fordern:
Gebührenfreie Bildung für
alle Kinder von Anfang an!**

Eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis
zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbildung
bzw. Studium) ist oberstes Ziel für Bildungsge-
rechtigkeit.

**Wir wollen die gebührenfreie
frühkindliche Bildung
in hoher Qualität
im Land Hessen.**




FREIE WÄHLER
Hessen
www.freiewaehler-hessen.de

Einheitliche Bildungsstandards umsetzen – für unsere Schüler und Studenten nur die beste Qualität

FREIE WÄHLER Hessen fordern:

- ✓ **Ende des Kooperationsverbotes im Schulbereich**
- ✓ **Aufhebung des Kooperationsverbotes**
- ✓ **Einheitliche Bildungsstandards**
- ✓ **Umsetzung verbindlicher bundeseinheitlicher Bildungsstandards.**

Einheitliche hessische Bildungsstandards

Konkrete und nachhaltige Unterstützung der Schulen bei der Umsetzung der hessischen Kerncurricula, um landesweit einheitliche Bildungsstandards zu sichern.

Ziel muss es sein, den Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) um den gesamten schulischen Bereich zu erweitern, d.h. „Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 18 Jahren in Hessen“. Der gesamte Bereich „Bildung“ benötigt verbindliche Kerncurricula, damit die Übergänge für jede Schülerin und jeden Schüler positiv gestaltet werden kann. Die einzelne Schule kann darüber hinaus individuelle Schwerpunkte setzen.

Unterricht

Der Unterricht muss von pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden. Es gilt das Fachkräftegebot. Um Fachkräftemangel dauerhaft zu vermeiden, bedarf es einer landesweiten langfristigen professionellen Bedarfsplanung.

Rahmenbedingungen für Digitalisierung in allen Schulformen und Schularten schaffen, um den Lehrerinnen und Lehrern mehr Freiraum für ihre Unterrichtsgestaltung zu eröffnen.

Finanzierung Verantwortlichkeit

Länderhoheit: Personal des Elementarbereiches und des schulischen Bereiches. Bildung aus einem Guss. Hoheit der Kommunen: Gebäude und Sachmittel.

Inklusion an Schulen umsetzen

Wir wollen, dass alle Kinder eine gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilhabe an allen Aktivitäten des schulischen Lebens erhalten. Inklusion ist eine große Zukunftsherausforderung, die bundesweit an Schulen umgesetzt werden muss. Die Qualität des Unterrichts darf nicht unter neuen Zusatzaufgaben der Lehrkräfte leiden.

Inklusion wird erfolgreich sein, wenn weiteres Fachpersonal, insbesondere pädagogisches und medizinisches Fachpersonal, in ausreichendem Maße zur Verfügung steht.

Dies wollen wir zum Wohle aller Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener für ein gemeinsames und erfolgreiches Lernen sicherstellen. Das Bundesteilhabegesetz wollen wir in vollem Umfang umsetzen. Dabei hat der Bund für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Aufwandsträger Sorge zu tragen. Inklusion darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Kommunen werden.

Der Besuch einer Förderschule muss, sofern Eltern das für ihr Kind präferieren, weiterhin möglich sein. Ziel aber ist es, die Rahmenbedingungen in den Schulen so anzupassen, dass „alle Kinder gemeinsam lernen“ können. Dazu ist ausreichendes Personal und räumliche Ausstattung zwingend erforderlich.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit muss in allen Schulformen angeboten werden.

Grundschule

Wohnortnahe Grundschule

Sicherung der wohnortnahen Grundschulstandorte, besonders im ländlichen Raum. Vernetzung des Elementar- und Primarbereiches sinnvoll.

Ausbau kostenfreier Ganztagschulen

Der Begriff „Ganztagschule“ wird durch den Begriff „Bildungsgerechtigkeit Grundschule“ ersetzt.

Wir wollen für alle Grundschulen in Hessen (Jahrgangsstufen 1 bis 4) eine Unterrichtsgarantie von 8 Uhr bis 13 Uhr.

Im Anschluss an den Unterricht soll an allen Grundschulen ein verlässliches Betreuungsangebot unter Einbeziehung von pädagogischen Fachkräften von 13 Uhr bis 17 Uhr angeboten werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Das Betreuungsangebot soll von Land und Bund finanziert werden, ohne die Eltern und die Kommunen zusätzlich zu belasten.

Die Inanspruchnahme des Nachmittagsangebots ist freiwillig.

Weiterführende Schulen

Sekundarstufe I

Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem, in denen Schüler in der Sekundarstufe I verschiedene Schulformen besuchen. (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Bessere finanzielle Ausstattung der Berufsschulen. Ausbildungsberufe (z.B. Handwerk, Dienstleistung, Pflege) müssen eine Aufwertung erfahren. Das duale System der Ausbildung muss gestärkt werden. Es muss eine finanzielle Entlastung bei der Meisterausbildung geschaffen werden.

Hochschulen

Finanzierung / Ausstattung

Aufgabengerechte Hochschulfinanzierung und -ausstattung durch das Land, um neu aufkommende Aufgaben bewältigen zu können. Verbesserung der finanziellen Grundausstattung.

BAFöG

Wir wollen, dass Studierende als eigenständige Menschen wahrgenommen werden und unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern bei ihrer Ausbildung gefördert werden. Dringende Anpassung der BAFöG-Sätze an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten.

Bezahlbarer Wohnraum

Bereitstellung von bezahlbarem, angemessenem Wohnraum für Auszubildende und Studierende.

Erweiterung der Bildungschancen

Teilzeitstudiengänge fördern

Damit die Menschen auch berufsbegleitend oder neben der Familie zu ihrem Studienabschluss kommen können, wollen wir die Voraussetzungen für Teilzeitstudiengänge verbessern.

Öffnung der Zulassungsberechtigung zum Studium

Unser Flyer zum Thema „Bildungsstandards umsetzen“

Freie Wähler fordern:

- Ende des Kooperationsverbotes im Schulbereich
- Aufhebung des Kooperationsverbotes.
- Einheitliche Bildungsstandards
- Umsetzung verbindlicher bundeseinheitlicher Bildungsstandards.

Ausführlichen Informationen zu unseren Forderungen hinsichtlich eines einheitlichen und verbindlichen Bildungsstandards finden Sie auf unserer Homepage
> www.freiewaehler-hessen.de
> Programm
> Bildung

Einheitliche Bildungsstandards umsetzen!

Einheitliche hessische Bildungsstandards
Konkrete und nachhaltige Unterstützung der Schulen bei der Umsetzung der hessischen Kerncurricula, um landesweit einheitliche Bildungsstandards zu sichern.
Ziel muss es sein, den Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) um den gesamten schulischen Bereich zu erweitern, d.h. „Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 18 Jahren in Hessen“. Der gesamte Bereich „Bildung“ benötigt verbindliche Kerncurricula, damit die Übergänge für jede Schülerin und jeden Schüler positiv gestaltet werden kann. Die einzelne Schule kann darüber hinaus individuelle Schwerpunkte setzen.

Unterricht
Der Unterricht muss von pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden. Es gilt das Fachkräftegebot.
Um Fachkräftemangel dauerhaft zu vermeiden, bedarf es einer landesweiten langfristigen professionellen Bedarfsplanung. Rahmenbedingungen für Digitalisierung in allen Schulformen und Schularten schaffen, um den Lehrerinnen und Lehrern mehr Freiraum für ihre Unterrichtsgestaltung zu eröffnen.

Finanzierung Verantwortlichkeit
Länderhoheit: Personal des Elementarbereiches und des schulischen Bereiches, Bildung aus einem Guss. Hoheit der Kommunen: Gebäude und Sachmittel.

Kontakt

Cornelia Henkel
Leiterin der LAG Bildung
lag@bildung.freiewaehler-hessen.de

Landesgeschäftsstelle
Friedrichstr. 14 · 35392 Gießen
Postfach 10 10 39 · 35340 Gießen
Tel.: 0641 49411688
geschaeftsstelle@freiewaehler-hessen.de

YouTube f Twitter

Für unsere Schüler und Studenten nur die beste Qualität!

FREIE WÄHLER Hessen
www.freiewaehler-hessen.de

FREIE WÄHLER Hessen
www.freiewaehler-hessen.de

Qualitätsorientierte und gebührenfreie Bildung für Alle!

FREIE WÄHLER Hessen fordern:

- ✓ **Frühkindliche Bildung als Zukunftschance nutzen**
- ✓ **Fachkräftegebot in allen Bereichen der Frühen Bildung**
- ✓ **Bildungspolitik aus einem Guss**
- ✓ **Gebührenfreie Bildung für alle Kinder von Anfang an**

Bedarf und Bedürfnisse

Die Lern- und Arbeitssituation muss an den Bedarfen und Bedürfnissen der Lernenden und Lehrenden ausgerichtet werden:

- ✓ Möglichst optimale Bedingungen der Lern- und Arbeitsorte schaffen! Z.B. Moderne Ausstattung der Gebäude/Räume mit guten Erholungs- und Begegnungsmöglichkeiten, modernste digitale Lern- und Arbeitsmittel, gebührenfreie Lehr- /Lernmittel und Arbeitsmaterialien für Lernende und Lehrende.
- ✓ Vom Kind bis zum Erwachsenen müssen alle Bildungswege offen sein und kostenfrei zur Verfügung stehen.
- ✓ Die Aus- / Fort- und Weiterbildung muss gebührenfrei garantiert werden.

Bildungsministerium

Es ist Zeit für ein Bildungsministerium, das zuständig ist für alle Bildungsebenen und Bildungsprozesse, von der Krippe über Schule und Universität bis zu Fort- und Weiterbildungen.

- ✓ Die Qualität der verschiedenen Bildungsbereiche/-ebenen muss permanent wissenschaftlich neutral begleitet und evaluiert werden.
- ✓ Alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen /Verbände müssen partnerschaftlich, im Sinne echter Teilhabe, beteiligt sein.
- ✓ Inklusion ist ein Menschenrecht und muss insbesondere vom Bildungsministerium, ausgerichtet am einzelnen Individuum, aktiv und zielgerichtet verwirklicht werden.

- ✓ **Fördern:** Die außerschulische Bildung (u.a. professionelle Nachhilfe) muss als wertvoll anerkannt und in jeder Hinsicht gefördert werden. Intensive finanzielle Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Lernrückständen / Lernlücken ist unverzichtbar.
- ✓ **Fordern:** Besonders Begabte und Befähigte müssen ebenso gefördert werden. Wir wollen in jedem der 3 hessischen Regierungsbezirke eine staatliche Schule mit besonderen (intellektuellen oder gesellschaftlichen) Angeboten etablieren. Bei Bedarf mit Internatsanbindung. Diese Schule sollte in enger Kooperation mit den regionalen Hochschulen, der Wirtschaft und dem Handwerk sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen betrieben und gefördert werden.
- ✓ In den Landkreisen / jeder kreisfreien Stadt sollte das Land Hessen die Implementierung eines berufsorientierten Gymnasiums gezielt fördern. Die Industrie- und Handelskammern / Handwerkskammern und andere relevante Gruppen / Organisationen sind partnerschaftlich und mitverantwortlich einzubeziehen, um dem vorhandenen Fachkräftemangel bedarfsgerecht zu begegnen.

Erfolgreicher Übergang

Das letzte Kita-Jahr sollte verpflichtend werden!

Ziel: Alle Kinder in Hessen haben die gleichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang von der Kita in die Schule.

- ✓ Schule und Kita bilden im letzten Kita-Jahr eine enge Bildungspartnerschaft.
- ✓ Kitas und Kita-Fachkräfte sollten finanziell so ausgestattet werden, dass hoch qualifizierte multiprofessionelle Teams mit den Kindern arbeiten können.
- ✓ Kommunen müssen auf Dauer von Bildungsaufgaben, insbesondere finanziell, entlastet werden.

Unser Flyer zum Thema „Qualitätsorientierte und gebührenfreie Bildung für Alle“



Weitere Informationen

zu unseren bildungspolitischen Forderungen finden Sie auf unserer Homepage
 > www.freiewaehler-hessen.de
 > Inhalte
 > Frühkindliche Bildung

Wir fordern vom Land Hessen eine:
**Qualitätsorientierte
 und gebührenfreie
 Bildung für Alle!**

FREIE WÄHLER Hessen fordern:

- ✓ Frühkindliche Bildung als Zukunftschance nutzen
- ✓ Fachkräftegebot in allen Bereichen der Frühen Bildung
- ✓ Bildungspolitik aus einem Guss
- ✓ Gebührenfreie Bildung für alle Kinder von Anfang an



Kontakt

Cornelia Henkel und Nora Zerener
 Vorsitzende der LAG Bildung
lag@bildung.freiewaehler-hessen.de

Landesgeschäftsstelle
 Bahnhofstr. 82-86 · 35390 Gießen
 Tel.: 0641 20109322
geschaeftsstelle@freiewaehler-hessen.de



**Gleiche Chancen
 für alle Kinder.**



www.freiewaehler-hessen.de

www.freiewaehler-hessen.de

Bedarf und Bedürfnisse

Die Lern- und Arbeitssituation muss an den Bedarfen und Bedürfnissen der Lernenden und Lehrenden ausgerichtet werden:

- ✓ Möglichst optimale Bedingungen der Lern- und Arbeitsorte schaffen! Z.B. Moderne Ausstattung der Gebäude/Räume mit guten Erholungs- und Begegnungsmöglichkeiten, modernste digitale Lern- und Arbeitsmittel, gebührenfreie Lehr- / Lernmittel und Arbeitsmaterialien für Lernende und Lehrende.
- ✓ Vom Kind bis zum Erwachsenen müssen alle Bildungswege offen sein und kostenfrei zur Verfügung stehen.
- ✓ Die Aus- / Fort- und Weiterbildung muss gebührenfrei garantiert werden.

Bildungsministerium

Es ist Zeit für ein Bildungsministerium, das zuständig ist für alle Bildungsebenen und Bildungsprozesse, von der Krippe über Schule und Universität bis zu Fort- und Weiterbildungen.

- ✓ Die Qualität der verschiedenen Bildungsbereiche/ -ebenen muss permanent wissenschaftlich neutral begleitet und evaluiert werden.
- ✓ Alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen / Verbände müssen partnerschaftlich, im Sinne echter Teilhabe, beteiligt sein.
- ✓ Inklusion ist ein Menschenrecht und muss insbesondere vom Bildungsministerium, ausgerichtet am einzelnen Individuum, aktiv und zielgerichtet verwirklicht werden.



- ✓ **Fördern:** Die außerschulische Bildung (u.a. professionelle Nachhilfe) muss als wertvoll anerkannt und in jeder Hinsicht gefördert werden. Intensive finanzielle Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Lernrückständen / Lernlücken ist unverzichtbar.
- ✓ **Fördern:** Besonders Begabte und Befähigte müssen ebenso gefördert werden. **Wir wollen in jedem der 3 hessischen Regierungsbezirke eine staatliche Schule mit besonderen (intellektuellen oder gesellschaftlichen) Angeboten etablieren.** Bei Bedarf mit Internatsanbindung. Diese Schule sollte in enger Kooperation mit den regionalen Hochschulen, der Wirtschaft und dem Handwerk sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen betrieben und gefördert werden.
- ✓ In den Landkreisen / jeder kreisfreien Stadt sollte das Land Hessen die **Implementierung eines berufsorientierten Gymnasiums** gezielt fördern. Die Industrie- und Handelskammern / Handwerkskammern und andere relevante Gruppen / Organisationen sind partnerschaftlich und mitverantwortlich einzubeziehen, um dem vorhandenen Fachkräftemangel bedarfsgerecht zu begegnen.

**Für die Kleinsten
 nur die beste
 Qualität!**

Erfolgreicher Übergang

Das letzte Kita-Jahr sollte verpflichtend werden!

Ziel: Alle Kinder in Hessen haben die gleichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang von der Kita in die Schule.

- ✓ Schule und Kita bilden im letzten Kita-Jahr eine enge Bildungspartnerschaft.
- ✓ Kitas und Kita-Fachkräfte sollten finanziell so ausgestattet werden, dass hoch qualifizierte multiprofessionelle Teams mit den Kindern arbeiten können.
- ✓ Kommunen müssen auf Dauer von Bildungsaufgaben, insbesondere finanziell, entlastet werden.



www.freiewaehler-hessen.de

KLUGE KÖPFE BRAUCHT DAS LAND (Auszug aus dem Landtagswahlprogramm)

Bereits 1948 konstatierten die Vereinten Nationen in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass jeder Mensch das Recht auf unentgeltliche Bildung habe, wenngleich dies auf Grundschulunterricht und grundlegende Bildung beschränkt wird. Und genau hier stellt sich per se die Frage: Was ist grundlegende Bildung?

FREIE WÄHLER sieht Bildung als das höchste Gut, das Mitglieder einer modernen Gesellschaft erwerben können. Darum muss Bildung grundsätzlich gebührenfrei sein – von der Krippe bis zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbildung, Meister bzw. Studium)!

Bildung verschafft Zugang zu Arbeit und Wohlstand und ist ein wesentlicher Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bildung ermöglicht Bürger eine mündige Teilhabe in und an der Gesellschaft. Bildung ist der Wegbereiter für Demokratie. Bildung muss, wie auch schon 1948 von den Vereinten Nationen formuliert, „auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“ (UN: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 26, Abs. 2)

Durch Bildung bekommt unsere Gesellschaft selbstständig denkende, kritische und engagierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen.

Grundlage hierfür ist die Bildungspolitik, die für eine größtmögliche Chancengerechtigkeit Sorge und der Realität entspricht. Die Erfüllung des Bildungsauftrags muss daher die geänderten gesellschaftlichen Strukturen, die Unterschiede zwischen dem ländlichen und städtischen Raum sowie die sozial- und bildungsschwachen Schichten berücksichtigen. Denn der Bildungserfolg darf nicht vom sozioökonomischen Status der Eltern oder vom Zugang zu bzw. der Gewährung von Bildungskrediten abhängen. Deshalb muss Bildung uneingeschränkt gebührenfrei sein, was auch den kostenfreien Zugang zu Lehrmitteln impliziert.

Bislang ist die Realität im föderalistischen Bildungssystem jedoch eine andere. Weder auf Bundesebene noch auf Landesebene ist es in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten gelungen, positive Impulse hin zu einem gerechte(re)n Bildungssystem zu setzen.

FREIE WÄHLER sind überzeugt: Es ist Zeit für ein Bildungsministerium in Hessen!

Das Bildungsministerium ist zuständig für alle Bildungsebenen und Bildungsprozesse, von der Krippe über Schule / Ausbildung bis zur Universität und Fort- / Weiterbildungen.

Es muss auch die außerschulische Bildung (Bildungsinstitute für LRS-Förderung, Dyskalkulie-Förderung, AD(H)S-Konzentrationsstrainings / Institute für Logopädie etc.) ausdrücklich als wertvoll anerkennen und in jeder Hinsicht (z.B. intensive finanzielle Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Lernrückständen / Lernlücken / besondere Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben (LRS) und/oder

Rechnen (Dyskalkulie) / Sprach- und Sprechschwierigkeiten) fördern. Inklusion ist ein Menschenrecht und muss insbesondere vom Bildungsministerium, ausgerichtet an der einzelnen Person aktiv und zielgerichtet verwirklicht werden.

Gleichermaßen benötigen wir die Förderung von besonders Begabten und Befähigten.

Hierzu sollte in jedem der 3 hessischen Regierungsbezirke eine staatliche weiterführende Schule ab der 7. Klasse mit besonderen (intellektuellen und/oder gesellschaftlichen) Anforderungen entstehen. Bei Bedarf mit Internatsanbindung. Diese Schule soll in enger Kooperation mit den regionalen Hochschulen, der Wirtschaft und dem Handwerk, sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen, betrieben werden. In jedem Landkreis / jeder kreisfreien Stadt soll das Land Hessen gezielt die Implementierung eines berufsorientierten Gymnasiums fördern. An den berufsorientierten Gymnasien (Wirtschaftsgymnasien) sind die Industrie und Handelskammern, Handwerkskammern und andere relevante Gruppen / Organisationen partnerschaftlich und mitverantwortlich einzubeziehen.

Gute Bildung braucht ein gutes Umfeld, gilt doch nicht zuletzt der Schulraum neben Schülern und Lehrern in Skandinavien als „dritter Pädagoge“. Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter, setzt sich fort in Schule, Ausbildung/Studium und entwickelt sich schließlich zu einem lebenslangen Prozess.

Die Politik – explizit das Bildungsministerium – muss die geeigneten Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Schuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen gelegt. Die Frühkindliche Bildung, bestehend aus Bildung, Erziehung und Betreuung, muss in den Fokus gerückt werden, da sie den Ausgangspunkt eines jeden Kindes im Bildungssystem darstellt. Daher ist ein einheitlicher und verbindlicher Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) für Kinder von 0 bis 18 Jahren dringend notwendig.

Gleiche Chancen für alle Kinder - Bildungsgerechtigkeit von Anfang an

Die Partei Freie Wähler setzt sich für eine chancengerechte Bildungspolitik für alle Kinder im Vorschulbereich (Krippe und Kindergarten) ein. Das heißt, wir wollen keine „Leuchtturmprojekte“ wie z.B. Sprachkitas / Bewegungskitas etc., sondern alle Kindertagesstätten in Hessen sollen „Sprachkitas / Bewegungskitas etc.“ sein! Alle Kinder in allen hessischen Kindertagesstätten müssen bestmöglich gefördert und gefordert werden.

Für eine echte Bildungsgerechtigkeit von Anfang an muss eine Kita-Pflicht ab dem 4. Lebensjahr verbindlich eingeführt werden. Durch die Schaffung eines festen zeitlichen Rahmens von täglich mindes-

tens 4 Zeitstunden wird allen Kindern die Teilnahme an einem festen Kerncurriculum ermöglicht, wodurch einheitliche Elemente der frühkindlichen Bildung vermittelt werden können.

Ein reines Betreuungsangebot im Sinne einer Beaufsichtigung lehnen wir ab!

Durch einen solch standardisierten Bildungsplan für Kinder ab dem 4. Lebensjahr bei gleichzeitigem Pflichtbesuch in den letzten beiden Jahren vor Schuleintritt wird eine verbindliche Bildungsqualität erreicht, die einen erfolgreichen und nahtlosen Übergang von der Kita in die Grundschule garantiert. Hierfür muss der hessische Bildungs- und Erziehungsplan eine grundlegende Überarbeitung erfahren und verbessert werden.

Gleiche Chancen für alle Kinder – gebührenfreie Bildung von Anfang an

Wir wollen gebührenfreie Bildung, Erziehung und Betreuung in hoher Qualität im Land Hessen. Damit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet und den Kindern die besten Voraussetzungen gegeben werden, um sich zu entwickeln.

Eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum 1. Ausbildungsabschluss (Berufsausbildung bzw. Meister/Studium) ist oberstes Ziel für Bildungsgerechtigkeit. Diese äußere Rahmenbedingung, die Kostenfreiheit, muss jedoch um inhaltliche Aspekte ergänzt werden. Nur durch qualitativ hochwertige Bildungsinhalte kann wahre Bildungsgerechtigkeit erreicht werden. Die Schaffung verbindlicher landesweiter Kerncurricula ist daher ein erklärtes Ziel.

Bildung ist Länderhoheit! Finanzierung und Verantwortlichkeit – Bildung aus einem Guss

Fachkräfte im Bereich Bildung müssen Länderhoheit sein!

Alle in Kindertagesstätten und Schulen arbeitenden Fachkräfte müssen vom Land Hessen finanziert werden. Die Kommunen werden dadurch finanziell erheblich entlastet und könnten sich auf ihre originäre Aufgabe, nämlich der Gestaltung der Lern- und Arbeitsorte, konzentrieren. Die Lern- und Arbeitsorte sind so zu gestalten, dass Lehrende und Lernende möglichst optimale Bedingungen vorfinden. Dazu gehört u.a. eine moderne Ausstattung der Gebäude / Räume in denen Lehrende und Lernende gute Lern-, Arbeits-, Erholungs- und Begegnungsmöglichkeiten vorfinden.

Lern- und Arbeitsmittel müssen dem neuesten Standard entsprechen und für Lehrende und Lernende gebührenfrei sein.

Landeseinheitliche Ausbildung pädagogischer Fachkräfte

Wir wollen eine pädagogisch hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung in Hessen sicherstellen. Die Grundvoraussetzungen dafür sind einheitliche Ausbildungsinhalte sowie Ausbildungsvorgaben für gut ausgebildetes und angemessen bezahltes Personal mit unbefristeten Verträgen. Auch eine grundlegende Reform der Betreuungsschlüssel (Krippe / Kindergarten) ist notwendig.

Frühkindliche Bildung kann nur von gut ausgebildeten pädagogischen

Fachkräften geleistet werden. Daher müssen Leitungen und Führungspersonal von Krippeneinrichtungen für Kinder von 0 bis 3 Jahren und Kindertagesstätten für Kinder von 3 bis 6 Jahren zukünftig ausschließlich mit qualifiziertem Fachpersonal besetzt werden.

Elementarpädagogen sowie Sozialpädagogen mit Hochschulstudium haben gemeinsam mit Erziehern die größtmögliche Fachexpertise, um den gestellten Anforderungen von Bildung, Erziehung und Betreuung vor Ort fachlich gerecht werden zu können. Durch Einbeziehung akademischer Bildungsberufe werden Erzieher in ihrer eigentlichen Arbeit, der Kinderbetreuung, deutlich entlastet. Zugleich werden die zentralen und relevanten Aspekte frühkindlicher Bildung von eigens hierfür ausgebildeten Fachkräften vermittelt, die zudem auch die administrative Leitung der Einrichtungen übernehmen. Auch der zusätzliche Einsatz von Ergänzungsfachkräften – beispielsweise Kinderpflegern, Sozialassistenten, Umwelt- und Bewegungspädagogen sowie Ernährungsberatern – soll künftig für eine zusätzliche Unterstützung der Erzieher sorgen. Dadurch kann auch die frühkindliche Bildung in verschiedenen Schwerpunkten professionalisiert werden. Beispielhaft sei hier auf die Ernährungslehre, interkulturelle Kompetenzen sowie die noch immer fehlende Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Sportvereinen verwiesen: Ein professioneller Umgang in Institutionen der frühkindlichen Bildung stellt eine Säule in der Gesundheitsförderung dar.

Die staatlich geprüfte Ausbildung zum Erzieher muss ergänzend hierzu künftig einen eigenen Schwerpunkt „frühkindliche Bildung“ erhalten. Dies garantiert, dass Erzieher, die im Bereich der Elementarpädagogik (Krippe und Kita) arbeiten, während der Ausbildung den Schwerpunkt „frühkindliche Bildung“ absolviert haben und somit die bestmögliche Qualifikation für Bildung, Erziehung und Betreuung der Kleinsten haben.

Gruppenleitungen in den Krippen und Kitas sollen künftig ausschließlich ausgebildete Erzieher mit dem Schwerpunkt „frühkindliche Bildung“ übernehmen können. Diese können sich dadurch ihrer genuinen Aufgabe, der Arbeit mit den Kindern, widmen.

Schule

Da Wasser ein Grundrecht ist, soll die kostenlose Bereitstellung von Wasserspendern in schulischen Einrichtungen erfolgen. Vereinzelt Schulen verfügen bereits über Wasserspender, doch andere kämpfen seit Jahren vergeblich mit der Finanzierung. Außerdem würde das kostenlose Wasser einen wichtigen Beitrag zur gesunden Ernährung beitragen.

Die Schulbildung ist ein großer Bestandteil innerhalb der Bildungs- und Lernprozesse, die unsere Kinder erfahren und durchlaufen. Entscheidend ist daher, dass qualitativ hochwertige Schulbildung nicht auf wenige Standorte beschränkt sein darf, gerade auch in ländlichen Regionen. Das bedeutet natürlich auch, dass Schulen eine personelle und materielle Stärkung erfahren müssen, um einen hohen qualitativen Unterrichtsstandard zu gewährleisten. Mehr und besser ausgebildete Lehrer können nicht in maroden Gebäuden mit einer Ausstattung aus dem letzten Jahrhundert unterrichten.

Die Lehrerausbildung muss überdacht werden, da neben der didak-

KLUGE KÖPFE BRAUCHT DAS LAND

(Auszug aus dem Landtagswahlprogramm)

tisch versierten und fachlich fundierten Wissensvermittlung auch die Persönlichkeitsentwicklung von Schülern gefördert werden muss. Hierfür brauchen wir Lehrerpersönlichkeiten, denen durch unbefristete Verträge auch eine Perspektive geboten werden muss.

Schulen müssen sich den veränderten situativen Gegebenheiten anpassen. Dazu gehört die Entlastung des bestehenden Lehrpersonals durch Ergänzungsfachkräfte – beispielsweise Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, Psychologen, Beratungslehrer, Erlebnis- und Umweltpädagogen oder Ernährungsberater. Gepaart mit kleineren Klassengrößen von idealerweise 15 Schülern in allen Schularten, sollte dies der Garant für eine verbesserte Durchlässigkeit des Schulsystems sein, sofern einheitliche Bildungsstandards gelten.

Angestellte Lehrer des Landes Hessen sollen auch über die Ferien hinweg angestellt bleiben, um deren berufliche Sicherheit zu gewährleisten, sowie um die Lehrerinnen und Lehrer an die jeweilige Schule zu binden.

Da, wie oben geschildert, unser Bildungssystem zahlreiche gravierende Probleme aufweist, die dringend Verbesserung benötigen, wollen die Freien Wähler geloste Gremien aus Pädagogen (Lehrenden und Erziehenden) bilden, die Lösungskonzepte erarbeiten. Es werden aus den lehrenden und erziehenden Berufen erfahrene Professionelle ausgelost, sowie Eltern und Schüler ab 14 Jahren. Insgesamt 150 Personen beraten dann frei (ohne parteipolitische Vorgaben nach dem Prinzip der frei arbeitenden gelosten Bürgerräte) über 18 Monate hinweg und erstellen Vorschläge zur Verbesserung der Bildungssituation. Landtag und Landesregierung setzen die Vorschläge der unpolitischen Professionellen dann um.

Ausbildung angehender Lehr- & pädagogischer Fachkräfte

Im Rahmen der Ausbildung angehender Lehrkräfte sprechen wir uns für eigenständige pädagogische Hochschulen (1) aus. In diesen sollen neben Lehrkräften sämtlicher Lehrämter auch weitere päd. Fachkräfte wie z.B. Schulsozialarbeiter, Elementarpädagogen etc. ausgebildet werden. Darüber hinaus sollen die genannten Berufsgruppen im Hinblick auf die sich wandelnde Gesellschaft stärker im Bereich der interkulturellen Kompetenz ausgebildet und sensibilisiert werden. Gegenwärtig werden Lehrämter mit sonstigen Bachelor-/Masterstudiengängen des jeweiligen Fachbereichs an bestehenden Universitäten gemeinsam unterrichtet und erlernen zu wenig schulspezifisches/berufsrelevantes Fachwissen. Vielerorts kommt es zudem zu überfüllten Hörsälen, insbesondere in den Human- und Geisteswissenschaften.

(1) Anmerkung: Die pädagogischen Hochschulen sollen außerhalb bestehender Ballungsgebiete wie Frankfurt (gegenwärtig über 6.000 Studierende auf Lehramt) oder Darmstadt angesiedelt werden, um der dortigen Wohnknappheit entgegenzuwirken und zugleich ländlichere Regionen innerhalb Hessens zu stärken.

Vorbereitungsdienst

Unmittelbar nach Ablegung des 1. Staatsexamens oder einer gleichwertigen, außerhalb Hessens erworbenen Qualifikation soll ein Rechtsanspruch auf die nahtlose Übernahme in den Vorbereitungsdienst zur Absolvierung des 2. Staatsexamens stehen. Die zuständigen Studienseminare sollen die hierfür benötigten finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen erhalten.

Einheitliche Bildungsstandards

Wir würden uns eine Kompetenzverlagerung für die Lerninhalte von der Landes- auf die Bundesebene wünschen, denn was eine gute Bildung ist, unterscheidet sich nicht, ob man in Bayern, Hessen oder Hamburg aufwächst. Da wir hierfür eine Mehrheit im Bundesrat brauchen, möchten wir kurzfristig die Einführung bundesweiter, vergleichbarer Bildungsstandards für alle Schulabschlüsse vorantreiben. Prämisse für bundeseinheitliche Bildungsstandards sind einheitliche Landesstandards, die es auch in Hessen immer noch zu schaffen gilt. Schulen müssen eine konkrete und nachhaltige Unterstützung bei der Umsetzung der hessischen Kerncurricula erfahren, um landesweit einheitliche – hessische – Bildungsstandards zu sichern. Ziel muss es sein, den Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) um den gesamten schulischen Bereich zu erweitern. Der Bildungs- und Erziehungsplan muss in Hessen für Kinder von 0 bis 18 Jahren gelten, Bildung muss von Anfang an sichergestellt sein. Durch verbindliche Kerncurricula im gesamten Bildungsbereich können Übergänge für Schüler positiv gestaltet werden. Darüber hinaus kann jede einzelne Schule individuelle Schwerpunkte setzen.

Der Lehrplan muss auf die Voraussetzung einer digitalisierten Welt angepasst werden. Medienkompetenz, das Suchen und Verarbeiten digitalisierter Informationen sowie Gestaltung an Computern müssen ihren Platz neben den klassischen Fächern finden. Das Beherrschen von Office-Programmen gehört heute zum Standard bei Arbeitgebern und sollte auch im Schulcurriculum genauso wenig fehlen wie das Programmieren von Computern oder Experimente mit aktuellen Themen wie Blockchain oder künstlicher Intelligenz (KI). Hierbei geht es weniger um Spezialwissen als das Schüler einen Überblick bekommen, was mit diesen Techniken möglich ist und was nicht. Schüler sollten Programme verschiedener Hersteller kennenlernen, insbesondere auch Open-Source-Produkte.

Die Ernährung im Kindesalter bestimmt die spätere Ernährung des Erwachsenen. Daher ist eine frühe Ernährungsprävention in den Lehrplan aufzunehmen. Erste theoretische Berührungspunkte sollte es ab der Krippe/Kindergarten geben, verbunden mit beispielsweise einem gesunden Frühstück.

In der weiterführenden Schule sollte auch das Zubereiten von Lebensmitteln und gesunden Gerichten praktiziert werden. Berücksichtigung dabei finden sollten jedoch verstärkt auch musische und handwerkliche Fächer sowie der oftmals vernachlässigte Schulsport. Gesteigerte Konzentration und ein damit einhergehender

höherer Lernerfolg werden auf einfachste Art durch sportliche Betätigung bei Kindern herbeigeführt. Mit anderen Worten: Ein verstärktes Augenmerk auf Schulsport kann Lernschwierigkeiten beseitigen. Musikische und handwerkliche Fächer nehmen positiven Einfluss auf die kindliche Entwicklung, ist doch die Schule oftmals noch immer der einzige Ort, an dem Schüler mit Musik, Malerei und handwerklicher Gestaltung in Berührung kommen.

Wird kein konfessioneller Religionsunterricht besucht, sollen Schüler verpflichtend am Ethikunterricht teilnehmen. Das Fach Ethik bietet die Möglichkeit, die Wertesysteme verschiedener Religionen und Gesellschaften sowie gängige Theorien von Philosophen und Psychologen zu vermitteln, wodurch Schüler einen neutralen Zugang erhalten, der Voraussetzung für einen wertefreien Gesamtüberblick ist.

Wir setzen für den Fortbestand des Erdkundeunterrichts ein. Insbesondere in der Sekundarstufe II wurde dieser in den letzten Jahren geradezu marginalisiert, an vielen gymnasialen Oberstufen wird er überhaupt nicht mehr angeboten. In unserer zunehmend globalisierten Welt leistet der Erdkundeunterricht aber einen bedeutenden Beitrag zur Bildung junger Menschen. Das Fach vernetzt auf einzigartige Weise naturwissenschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Inhalte und ermöglicht dadurch eine besonders gewinnbringende Auseinandersetzung mit zukunftsrelevanten Themen wie Klimawandel, Migration und Bevölkerungsentwicklung. Die Belegung des Erdkundeunterrichts sollte bis zur Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe verpflichtend sein und in der Qualifikationsphase als Wahlfach angeboten werden.

Um die Heranwachsenden auf das Leben nach der Schule vorzubereiten, soll es zukünftig ein Blockseminar zu Steuern, Bewerbungen und ähnliche Themen für alle Schulformen geben.

Unterricht

Der Unterricht muss von pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden. Es gilt das Fachkräftegebot. Um Fachkräftemangel dauerhaft zu vermeiden, bedarf es einer landesweiten langfristigen professionellen Bedarfsplanung.

Digitalisierung und Medienkompetenz

Für die Digitalisierung müssen in allen Schulformen und Schularten endlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Lehrern mehr Freiraum für die Unterrichtsgestaltung zu eröffnen. Dies ist eine Grundvoraussetzung, damit Schüler überhaupt die Möglichkeit gegeben wird, Medienkompetenz zu erwerben. Mehr finanzielle Mittel von Schulen sind für die Anstellung externer Fachkräfte (Bürokaufleute, Fachinformatiker, Systemadministratoren) zur Entlastung der Lehrkräfte zu nutzen. Medienkompetenz ist heute eine Schlüsselqualifikation, die in unserem digitalen Zeitalter mehr denn je als Voraussetzung für die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen gilt.

Grundlage für den Erwerb von Medienkompetenz ist eine entsprechende Ausstattung der Schulen sowie umfangreiche Kenntnisse auf Seiten der Lehrkräfte. Zugleich muss hier aber auch eine Schulung

der Erziehungsberechtigten mit in Betracht gezogen werden, damit ein autarker Umgang mit mobilen Endgeräten und Computern, dem Internet sowie Medieninhalten gelingen kann. Dies ist zugleich auch eine zentrale Prämisse für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. Kindern und Jugendlichen muss durch Medienpädagogen Wissen über Datenschutz, vor allem im Bereich sozialer Netzwerke, nahegebracht werden, um sie zu kritischen Nutzern auszubilden, die sich auch der Gefahren von Cybermobbing bewusst sind. Ziel muss es sein, die Schüler über ihre Rechte im digitalen Raum aufzuklären. Hierfür muss Schule auch eine entsprechende Ausstattung erhalten. Digitaler Unterricht bedeutet nicht, dass man die gleichen Aufgaben statt auf Papier auf einem Tablett löst, sondern die Schüler sollen mit Technik experimentieren und verstehen, wie sie funktioniert. Hierfür braucht es die notwendige technische Ausstattung. Für diese muss es auch eine fachkundige Betreuung geben

Finanzierung und Verantwortlichkeit

Bei der Finanzierung von Schule – als Institution und Gebäude – muss nach Verantwortlichkeit unterschieden werden. Wir sind der Auffassung, dass eine Länderhoheit für das Personal des Elementarbereiches und des schulischen Bereiches gelten muss, um Bildung „aus einem Guss“ zu gewährleisten. Die Hoheit der Kommunen soll in der Finanzierung der Gebäude und Sachmittel bestehen. Dadurch wird es den Kommunen auch leicht(er) möglich, Schulgebäude für andere kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten, für andere Personen als Schüler zu öffnen. Bestehende Gebäude können flexibel und mehrfach genutzt werden; dies betrifft auch die (schulischen) Sportstätten wie Turnhallen und Schwimmbäder. Auch für diese ist eine erweiterte Nutzung für umfangreiche Bildungs- und Freizeitangebote denkbar. So wird die Schule von einem „ausschließlichen“ Ort der Bildung zu einem Ort der Begegnung, der Kultur und des Gemeinwesens.

Inklusion an Schulen umsetzen

Wir wollen, dass alle Kinder eine gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilhabe an allen Aktivitäten des schulischen Lebens erhalten. Inklusion ist eine große Herausforderung, die bundesweit an Schulen umgesetzt werden muss. Die Qualität des Unterrichts darf nicht unter neuen Zusatzaufgaben der Lehrkräfte leiden. Die Schüler müssen im Fokus stehen.

Inklusion wird erfolgreich sein, wenn weiteres Fachpersonal, insbesondere pädagogisches und medizinisches Fachpersonal, in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Dies wollen wir zum Wohle aller Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener für ein gemeinsames und erfolgreiches Lernen sicherstellen.

Das Bundesteilhabegesetz wollen wir in vollem Umfang umsetzen. Dabei hat der Bund für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Aufwandsträger Sorge zu tragen. Inklusion darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Bürger und Kommunen werden.

Der Besuch einer Förderklasse muss, sofern Eltern das für ihr Kind

KLUGE KÖPFE BRAUCHT DAS LAND

(Auszug aus dem Landtagswahlprogramm)

präferieren, weiterhin möglich sein. Ziel aber ist es, die Rahmenbedingungen in den Schulen so anzupassen, dass alle Kinder gemeinsam lernen können. Dazu ist ausreichendes Personal und räumliche Ausstattung zwingend erforderlich.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit muss in allen Schulformen angeboten werden, um Schülern eine weitere Hilfestellung im Bedarfsfall zukommen zu lassen und um eine Entlastung des bestehenden Lehrpersonals zu erreichen.

Grundschule

Wohnortnahe Grundschulstandorte müssen besonders im ländlichen Raum erhalten werden, um unseren Kindern zukunftssichernde Bildungsregionen zu garantieren. Eine Vernetzung des Elementar- und Primarbereiches ist dringend erforderlich.

Bildungsgerechte Grundschule

Wir möchten nicht weiter mit dem Begriff „Ganztagsschule“ operieren, sondern präferieren stattdessen den Terminus „Bildungsgerechte Grundschule“. Hierdurch bringen wir zum Ausdruck, dass wir für alle Grundschulen in Hessen (Jahrgangsstufen 1 bis 4) eine Unterrichtsgarantie inklusive Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung bis 14.30 Uhr wünschen. Im Anschluss an den verpflichtenden Unterricht soll an allen Grundschulen ein verlässliches Betreuungsangebot unter Einbeziehung von pädagogischen Fachkräften bis 17 Uhr angeboten werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Das Betreuungsangebot soll von Land und Bund finanziert werden,



ohne die Eltern und die Kommunen zusätzlich zu belasten. Die Inanspruchnahme des Nachmittagsangebots ist freiwillig.

Weiterführende (Hoch-)Schulen

Wohnortnahe Schulstandorte vielfältiger weiterführender (Hoch-)Schulen sollen als Ergänzung des bestehenden Systems erhalten bleiben. Dies soll gegebenenfalls auch durch Fusionen dort möglich sein, wo es aufgrund rückläufiger Schülerzahlen notwendig ist. Die Stärkung lokaler und regionaler Bildungsstandorte dient als wichtiges Instrument, dem demografischen Wandel im ländlichen Raum zu begegnen.

Auch wollen wir an weiterführenden Schulen verbesserte Voraussetzungen dafür schaffen, dass Betriebspraktika in Abstimmung mit den Unternehmen zum Standard werden. Der Mittelstand kann damit auch frühzeitig für sich als Arbeitgeber werben und so hochqualifiziertes Personal für die Zukunft sichern.

Berufliche Aus- und Weiterbildung

Die berufliche Bildung muss endlich eine Aufwertung und Stärkung erfahren, um dem schon jetzt bestehenden Fachkräftemangel zu begegnen. Das duale Ausbildungssystem hat sich über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter sind die Basis unserer Wirtschaft. Wir wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert wird als bisher. Dazu gehören auch eine finanzielle Freistellung bei der Meisterausbildung – analog zu einem gebührenfreien Studium – sowie eine bessere finanzielle Ausstattung der Berufsschulen. Auch müssen Ausbildungsberufe (z. B. im Handwerks-, Dienstleistungs- oder Gesundheits- und Pflegesektor) insgesamt eine Aufwertung erfahren.

Auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstudium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

Hochschulen

Hochschulen in Hessen erleben nach wie vor einen Ansturm von Studierenden. Überfüllte Hörsäle sind die Folge bei zugleich unterfinanzierten Universitäten und Fachhochschulen. Die Studienbedingungen in Hessen belasten die Studierenden mehr denn je. Hessen braucht möglichst viele hochqualifizierte und kreative Köpfe für ein bereicherndes gesellschaftliches, politisches und pluralistisches Zusammenleben.

Wir setzen uns für die weitgehende Selbstbestimmung und die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung der Studierenden sowie für eine transparente Hochschulpolitik ein. Wir machen uns dafür stark, Hochschulen in Ballungszentren und in ländlichen Gebieten gleichermaßen zu fördern bzw. neu zu schaffen – Witzenhausen hat hier Vor-

bildcharakter. Eine ausreichende Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen darf nicht zugunsten von Spitzenfinanzierung („Exzellenzinitiative“) vernachlässigt werden. Zudem bekennen wir uns zur Hochschulautonomie und damit zu Subsidiarität und Wettbewerb. Die finanzielle Grundausrüstung der Hochschulen muss deutlich verbessert werden. Eine aufgabengerechte Hochschulfinanzierung und Hochschulausrüstung durch das Land bilden die Grundlage, um neu auftretende Aufgaben bewältigen zu können. Nur durch eine ausreichende Grundfinanzierung ist die langfristige Planbarkeit und Unabhängigkeit der Forschung gewährleistet.

In diesem Kontext muss auch das Erheben von Semestergebühren überdacht werden. Dieser finanziell-bürokratische Kreislauf zwischen Hochschule und Studierenden führt dazu, dass Studierende letztlich anteilig die Hochschule über Semestergebühren subventionieren, obwohl dies einem effizienten und effektiven Verlauf des Studiums entgegensteht, da Studierende diese finanziellen Aufwendungen wiederum anderweitig erwirtschaften müssen.

Forschung

Universitäten und Hochschulen sind autonome Bildungseinrichtungen, deren Ziel nicht nur die hervorragende fachliche Ausbildung junger Menschen ist, sondern die auch der Bildung von Persönlichkeit und eigenständiger Urteilskraft Platz einräumen und Muße für zweckfreies Denken erlauben sollte. Unsere Gesellschaft braucht nicht nur Absolventen, sondern Persönlichkeiten, die in der Lage sind, verantwortungsvolle Führungsfunktionen ausüben zu können. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der zurückliegenden Jahre hat gezeigt, dass fachliches Wissen alleine noch keine Führungsqualität ausmacht. Wir wollen beste Rahmenbedingungen schaffen, um die klugen Köpfe von morgen hervorzuheben, die wir in unserer zukünftigen Wissensökonomie benötigen. Außerdem müssen wir enorme Anstrengungen unternehmen, um in den Feldern der Spitzentechnologie Lücken aufzuholen oder die Marktführerschaft zu verteidigen. Ein großer Stellenwert muss Forschung und Entwicklung eingeräumt werden. Besonderes Augenmerk muss daher auf die Vergabe von Forschungsaufträgen und Geldern an Universitäten durch die Industrie gelegt werden. Zwar ist dies grundsätzlich zu begrüßen, dennoch muss hierbei das Eigeninteresse der Industrie in die Überlegungen miteinbezogen und entsprechend abgewogen werden. Aus diesem Grund sollte die Finanzierung verschiedener Fachbereiche und Studiengänge durch die Industrie eine Begrenzung auf maximal 30 Prozent erfahren, um auch weiterhin eine ideologiefreie und nicht-interessengeleitete Forschung und Lehre zu garantieren. Auch sollten Studien – vor allem in den der Industrie nahestehenden Fächern – vorab angemeldet und die Quellen der Finanzierung transparent gemacht werden. Für eine autonome Forschung und Lehre ist zudem eine Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus zwingend notwendig. Im Bereich des nicht-promovierten und promovierten wissenschaftlichen Mittelbaus gibt es kaum entfristete Stellen, wodurch selbst Mitarbeitende mit herausragenden Leistungen oftmals keine Perspektive im akademischen System sehen. Die Abwanderung hochqualifizierter Menschen ins Ausland ist die Folge.

BAföG

Studierende müssen als eigenständige Menschen wahrgenommen werden und unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern während ihrer Ausbildung gefördert werden. Zudem müssen die BAföG-Sätze eine dringende Anpassung an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten erfahren.

Bezahlbarer Wohnraum

Studierenden und Auszubildenden muss angemessener und vor allem bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, damit prekäre Wohnraumsituationen keinen Einfluss auf Studium und Ausbildung nehmen.

Teilzeitstudiengänge fördern

Damit die Menschen auch berufsbegleitend oder neben der Familie zu ihrem Studienabschluss kommen können, wollen wir die Voraussetzungen für Teilzeitstudiengänge verbessern. Hierzu zählt auch die gesetzliche Verankerung eines Freistellungsanspruchs für die Prüfungsvorbereitungswoche sowie die Abschlussprüfung im Hessischen Bildungsurlaubsgesetz.

Sie leisten einen erheblichen Beitrag im Rahmen der Erwachsenen- und Weiterbildung. Die Anforderungen und Bedürfnisse an Bildungsangebote sind deutlich gestiegen. Das Land Hessen soll mit einer höheren Grundförderung den Bildungsauftrag der Volkshochschulen unterstützen.

Öffnung der Zulassungsberechtigung zum Studium

Zulassungsverfahren bei einzelnen Studiengängen müssen hinterfragt werden. Beispielsweise ist die Numerus-Clausus-Regelung im Fach Medizin zugunsten eines Berufseignungstests zu überdenken, gerade auch im Hinblick auf den (Haus-)Ärztmangel im ländlichen Raum.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss vor allem die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstudium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.

Wechsel zwischen Industrie und Lehre

Auch für den Mittel- und Oberbau wünschen wir uns eine weitere Öffnung, sodass es leichter möglich ist, von der Industrie an die Universität und umgekehrt zu wechseln. Während dies in den USA z.B. gang und gebe ist, muss man sich in Deutschland spätestens nach dem Doktorstudium für einen dieser Wege entscheiden. Ein Wechsel danach ist kaum mehr möglich. Dabei würde eine Verzahnung neuer Perspektiven und neuer Möglichkeiten bieten.

Pressemitteilungen zum Thema Bildung

FREIE WÄHLER zeigen eine klare Haltung zu allen aktuellen Bildungsthemen des Landes Hessen

FREIE WÄHLER Schwalm-Eder haben die frühkindliche Bildung zum Thema in Hessen und Deutschland gemacht (18.05.2018)

2015 haben die FREIE WÄHLER im Landkreis Schwalm-Eder die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung und die Gebührenfreiheit für KiTas und Krippen in den Landesverband eingebracht. Federführend wurde das Programm von Frau Cornelia Henkel (Leiterin der FREIE-WÄHLER-Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bildung) und dem jetzigen Landesvorsitzenden Engin Eroglu erarbeitet. Daraus resultierend wurde am 23. Dezember 2015 ein hessisches Volksbegehren gestartet welches durch die Kommunalwahl 2016 in aller Munde war und es dadurch auch schaffte, eines der Themen der Bundestagswahl zu werden. Auch haben Ministerpräsident Volker Bouffier und SPD-Landesvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel um den Jahreswechsel 2015/16 Position bezogen, Ministerpräsident Bouffier zu diesem Zeitpunkt noch sehr kritisch.

Den FREIE WÄHLER ist es jetzt gelungen einen Etappensieg zu erringen, da die Landesregierung nun einen Teil der KiTa-Gebühren übernimmt. „Das ist eine Mogelpackung!“, stellt Engin Eroglu, Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER fest. „Die Kosten der Krippe tragen weiterhin zu 100 Prozent die Kommunen und die Eltern, obwohl der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Berlin beschlossen ist. Eine Frechheit!“, echauffiert sich Eroglu und

betont weiter: „Hier werden wir nicht locker lassen und uns im Landtagswahlkampf für eine bessere Politik einsetzen!“

Die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung unterstreicht Cornelia Henkel, Leiterin der LAG Bildung: „Die frühkindliche Bildung muss als Zukunftschance für unser Land genutzt werden!“ Entsprechend fordert Henkel eine Bildungspolitik aus einem Guss: „Wir brauchen einen verpflichtenden Bildungs- und Erziehungsplan für alle Kinder von 0-10 Jahre der verpflichtend in allen Krippen, Kindertagesstätten und Grundschulen umgesetzt wird.“

Interessant findet es Engin Eroglu, dass jetzt auch die FDP auf den Zug der FREIE WÄHLER aufspringt und augenscheinlich versucht das Thema zu besetzen. Für die FREIE WÄHLER ist es offensichtlich, dass hier nur die kommende Landtagswahl das Interesse der Freien Demokraten geweckt hat, passt der Ansatz doch sonst so gar nicht zu den wirtschaftsliberalen Standpunkten der FDP. Hier rät der Landesvorsitzende keiner schlechten Kopie zu vertrauen, sondern den FREIE WÄHLER die Stimme zu geben. „Wer eine bessere frühkindliche, ‚ECHTE‘ gebührenfreie Bildung in Hessen möchte, kann das Original am 28.10.18 wählen“, so Eroglu abschließend.

FREIE WÄHLER Hessen freuen sich über kostenfreie KiTas (30.07.2018)

Die FREIE WÄHLER Hessen freuen sich über die kostenfreien KiTa-Plätze in Hessen, die es ab dem 01.08. für täglich sechs Stunden gibt. „Dies ist ein klarer Verdienst der FREIE WÄHLER Hessen und unser außerparlamentarischer Erfolg!“, freut sich Engin Eroglu, Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen und Spitzenkandidat für die Landtagswahl. Auch in Berlin werden die KiTa-Gebühren jetzt vollständig abgeschafft.

Seit 2015 kämpfen die FREIE WÄHLER für kostenfreie KiTas, was zu jenem Zeitpunkt von keiner anderen Partei als Thema erachtet wurde. Mit dem Volksbegehren „KiTafrei“ wurde eine Petition ins Leben gerufen, für die mit einer großangelegten Kampagne im Vorfeld der Kommunalwahl 2016 tausende Unterschriften gesammelt wurden. Auf der letzten Landesmitgliederversammlung haben sich die Anwesenden klar für eine Fortführung des Kampfes für kostenfreie KiTas und kostenfreie Bildung im Allgemeinen ausgesprochen.

„Gerade durch die frühkindliche Bildung werde ein elementarer Grundstein für die Entwicklung der Kleinsten gelegt“, betont Ero-

glu. Deshalb sehen die FREIE WÄHLER Hessen die kostenfreien sechs Stunden täglich schon aus pädagogischer Sicht als zu wenig an. „Diese sechs Stunden gehen außerdem an der Lebenswirklichkeit der meisten werktätigen Eltern vorbei. Deshalb werden wir weiter für acht Stunden Betreuung Unterschriften sammeln.“, erklärt der Landesvorsitzende. Außerdem fordern die FREIE WÄHLER neben kostenfreien KiTas auch kostenfreie Krippenplätze, die von der Landesregierung in ihrem Gesetz überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Damit alle Kinder mit gleichen Voraussetzungen in das Schulleben starten können, wollen die FREIE WÄHLER Hessen das letzte KiTa-Jahr als verpflichtend einzuführen. Bildungssystemfernen Schichten gelingt so der verbesserte Zugang in den Bildungssektor und erhöht die Chancen für deren Kinder. Auch eine Verbesserung der Integration von Geflüchteten und Migranten in die Gesellschaft kann nur über kostenlose Bildung erfolgen. „Der Grundstein für gelungene Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache“, hält Engin Eroglu abschließend fest.

Stundenausfall an Schulen bekämpfen! (06.11.2018)

Die FREIE WÄHLER Hessen fordert von der zukünftigen Landesregierung, den Lehrermangel und den damit verbundenen Stundenausfall an hessischen Schulen wirksam zu bekämpfen. „Der Koalitionsvertrag der kommenden Landesregierung muss zwingend Lösungswege aufzeigen, wie dem Stundenausfall und Mangel an Lehrerinnen und Lehrern zu begegnen ist, sonst droht uns ein Bildungsfiasco“, sagt Engin Eroglu, Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen. Die Mär von den zu 100 Prozent besetzten Lehrerstellen der bisherigen schwarz-grünen Regierung sei endgültig ungläubhaft.

„Es ist erschreckend, was an uns wöchentlich an Beschwerden über Stundenausfall herangetragen wird. Zahllose nicht gehaltene Unterrichtsstunden, deren Stoff unmöglich nachgeholt werden kann“, stellt Eroglu fest. Für die FREIE WÄHLER muss die neue Landesregierung das Thema Bildung mit oberster Priorität angehen, andernfalls wird sie daran scheitern. An der Forderung der Partei, jedem gute und kostenfreie Bildung zuzustehen, hält der Landesvorsitzende fest. „Wir wollen gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Dafür muss die zukünftige Landesregierung den Weg ebnen, sowohl an den Universitäten als auch an den Schulen selbst. Quereinstei-

ger in den Lehrerberuf haben sicherlich ein vorzügliches Fachwissen, können aber die pädagogische Qualifizierung einer Lehrkraft nicht ersetzen“, hält Eroglu fest. Nur gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer könnten den Stoff des Lehrplans Jahrgangsstufengerecht vermitteln und deshalb dürfe es für Eroglu nicht länger zu Stundenausfällen kommen.

Dem pflichtet auch Kira Hauser, Vorsitzende der FREIE WÄHLER Bad Wildungen, bei. Auch sie erlebt es bei den eigenen Kindern und im Bekanntenkreis immer wieder, wie Schulstunden ausfallen: „Regelmäßig fallen pro Woche fünf bis acht Schulstunden aus!“ Ein Unding, wie Frau Hauser findet. Sie macht sich ernste Sorgen um den Schulabschluss ihrer Kinder sowie deren Mitschülerinnen und Mitschüler: „Wie soll bei Ausfällen in diesem Umfang eine Abiturvorbereitung gewährleistet werden?“, fragt sich Hauser. Ein weiteres Thema ist, dass in den kleineren Klassen der Unterricht nicht direkt ausfällt, der stattdessen angebotene Vertretungsunterricht diesen Namen aber nicht verdient. „Es handelt sich vielmehr um eine Betreuung, in der kein Lehrstoff vermittelt wird“, unterstreicht Kira Hauser.

FREIE WÄHLER Hessen fordert Pflicht für letztes Kita-Jahr (11.12.2018)

Die FREIE WÄHLER Hessen fordert für Kinder das letzte Kita-Jahr vor der Grundschule zur Pflicht zu machen. Als Grund nennt Engin Eroglu, Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen und Spitzenkandidat für die Europawahl, die Ermöglichung eines problemlosen Übergang von der Kita zur Grundschule: „So wird zum einen sichergestellt, dass alle Kinder vor Eintritt in die Grundschule die gleichen Deutschkenntnisse besitzen, zum anderen können alle einheitlichen Elemente der frühkindlichen Bildung vermittelt werden.“

So sei für jedes Kind die Chancengleichheit garantiert, dafür müsse jedoch, laut Eroglu, das hessische Kinderförderungsgesetz zu einem verbindlichen Qualitätsstandard ausgebaut werden, der einheitliche Standards in der Kindererziehung definiere. „In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen gelegt. Die frühkindliche Bildung, bestehend aus Bildung, Erziehung und Betreuung, muss in den Fokus gerückt werden, da sie den Ausgangspunkt eines jeden Kindes im Bildungssystem darstellt“, erklärt Eroglu.

Bildung müsse endlich als Prozess verstanden werden und dafür müsse die Politik die passenden Rahmenbedingungen schaffen. „Wir wollen gebührenfreie Bildung, Erziehung und Betreuung in hoher Qualität im Land Hessen. Damit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet und den Kindern die besten Voraussetzungen gegeben werden, um sich zu entwickeln,“ betont der Landesvorsitzende.

Letztendliches Ziel der FREIE WÄHLER sei es, Bildung bis zum ersten Abschluss kostenfrei anzubieten. Damit wollen die FREIE WÄHLER mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen. „Das kann nur gelingen wenn Bildung ab dem ersten Krippenjahr kostenfrei und mit entsprechend qualitativ hochwertigen Bildungsinhalten angeboten wird,“ so Engin Eroglu abschließend.

Pressemitteilungen zum Thema Bildung

FREIE WÄHLER zeigen eine klare Haltung zu allen aktuellen Bildungsthemen des Landes Hessen

Nachmittagsbetreuung darf nicht an den Schulen scheitern

(09.01.2019)

Die FREIE WÄHLER Hessen fordern, dass die Möglichkeit einer Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler nicht an der jeweiligen Schulleitung scheitern darf. Dies brachten Engin Eroglu, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Europawahl der FREIE WÄHLER Hessen, und Cornelia Henkel, Leiterin der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung, in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Ausdruck.

Immer wieder seien von Eltern Fälle an den Parteivorstand herangetragen worden, wo Nachmittagsbetreuung aktiv durch die Schule verhindert würde. „Es kann nicht sein, wenn auf Landes- und Kreisebene die finanziellen Mittel für den ‚Pakt für den Nachmittag‘ zur Verfügung gestellt werden, dass trotzdem Schulleiter*innen den Ausbau ihrer Schule zur Ganztagschule vereiteln können“, sagt Eroglu. „Die Rechte der Schulleiter*innen muss in diesem Bereich beschnitten werden“, fordert Henkel nachdrücklich.

Auch sei die FREIE WÄHLER Hessen darüber informiert worden, dass an einigen Schulen Betreuungsvereine die Tätigkeit am Nachmittag gerne übernehmen wollten, von der Schulleitung aber keine Freigabe von Räumlichkeiten erhielten. „In einem Fall ist so der Bau einer Schulmensa verhindert worden. Die Großküche hätte perspektivisch

auch die Versorgung der nahen Kitas übernehmen können“, berichtet Eroglu und fährt fort: „Hier hätte der Landkreis sogar den Bau umgehend umgesetzt, wenn denn die Schulleitung einen Beschluss gefasst und einen Antrag gestellt hätte.“

Entsprechend eindeutig fällt die Einschätzung von Cornelia Henkel aus: „Schule sollte immer – ausschließlich – ausführendes Organ sein! Niemals sollte Schule in die Situation gesetzt werden, über Schulentwicklungsplanungen zu entscheiden. Mitsprache gerne – aber ohne rechtliche Auswirkungen quasi als beratendes Moment. Wir brauchen klare Richtlinien und die Kontrolle darüber, dass Gesetze eingehalten werden und zwar von allen Beteiligten. Wie wir schon in unserem Landtagswahlprogramm geschrieben haben, muss in Zukunft Schule und Kita gemeinsam gedacht werden.“

Engin Eroglu sieht auch die Nachteile für die Region: „So wird die Attraktivitätssteigerung gerade für ländlichen Kommunen verhindert, für die eine gute Nachmittagsbetreuung so wichtig ist. Hier würden enorme Chancen entstehen, denn der ländliche Raum würde wieder attraktiv für berufstätige Eltern gemacht. Das darf nicht länger an den Schulleitungen scheitern!“

Wer an Bildung spart, spart an der Zukunft des ganzen Landes

(16.05.2019)

Nach der Bekanntgabe der schriftlichen Abiturnoten fordern die FREIE WÄHLER nicht weiter an der Bildung zu sparen. An vielen Schulen bestätigten sich die Eindrücke der Schülerinnen und Schüler zu den Mathematik-Prüfungen. Nun stehen Nachprüfungen an und setzen Schüler und Lehrkräfte erneut unter Stress. „Wir fordern, den Bildungsetat zu erhöhen und nicht wie von Bundesfinanzminister Olaf Scholz geplant, um 533 Millionen Euro zu kürzen! Deutschland lebt von seiner Bildung und Forschung - hieran zu sparen, bedeutet, an der Zukunft des gesamten Landes zu sparen“, so Engin Eroglu, Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen und Spitzenkandidat zur Europawahl, am Freitag in Gießen.

Die FREIE WÄHLER sehen das Problem nicht in der Schwere der gestellten Abituraufgaben, sondern vielmehr in der mangelnden Möglichkeit zur adäquaten Vorbereitung unserer Schülerinnen und Schü-

ler. „Wir haben die Pflicht, unseren Schülerinnen und Schüler durch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer einen regelmäßig stattfindenden Unterricht zu bieten und zwar in dem Ausmaß, dass die Prüfungen solide bestanden werden können“, betont Eroglu. Quereinsteiger in den Lehrerberuf haben zwar ein vorzügliches Fachwissen, können aber nach Überzeugung der FREIE WÄHLER die pädagogische Qualifizierung einer Lehrkraft nicht ersetzen.

Aber auch das Lernumfeld fordern die FREIE WÄHLER zu verbessern. „In vielen Schulen herrscht ein immenser Investitionsstau. Marode Gebäude, heruntergekommene Klassenzimmer und veraltete Ausstattung mit Lehrmitteln. Auch hier muss statt zu sparen Geld in die Hand genommen werden, damit Deutschland zukunftsfähig bleibt!“, erklärt Engin Eroglu abschließend.

FREIE WÄHLER kritisieren Einsatz von Quereinsteigern an hessischen Grundschulen (23.01.2020)

Die FREIE WÄHLER Hessen kritisieren die hohe Zahl von Quereinsteiger*innen, die derzeit an den hessischen Grundschulen mit unzureichender pädagogischer Qualifizierung unterrichten. Kürzlich wurde die Zahl auf 5.000 beziffert und vom Deutschen Lehrerverband eindringlich bemängelt.

Claudia Henkel, Leiterin der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bildung bei den FREIE WÄHLER Hessen, kann der Kritik nur beipflichten: „Besonders in den Grundschulen kommt es weniger auf den fachlichen Inhalt an, denn alles was an dort gelehrt wird, weiß jeder Mensch mit einem Schulabschluss. Viel bedeutender sind die pädagogischen Kenntnisse!“ An sich betrachtet Henkel Quereinsteiger*innen als Bereicherung für Schulen, fordert aber zwingend ein Pädagogikstudium ein. „Niemand würde bei anderen Berufen zu Laien ohne Ausbildung gehen. Kein Mensch würde glauben, dass es ein wenige Wochen dauernder Crashkurs ein Medizinstudium ersetzt. Und inzwischen dürfen selbst Eltern als Hilfskräfte an Schulen unterrichten“, betont Henkel.

Als Überlegung regen die FREIE WÄHLER Hessen den Einsatz von Lehramtsstudierenden als Win-Win-Situation für alle Beteiligten an. „Die Lehrerinnen und Lehrer von morgen wären so frühzeitig mit der Praxis konfrontiert und könnten so auch ihre Eignung für den Beruf testen während auf der anderen Seite der Lehrermangel mit den angehenden Fachleuten überbrückt werden könnte,“ erklärt Cornelia Henkel. Freilich müssten in Zusammenarbeit mit den Universitäten die Vorlesungszeiten entsprechend angepasst werden.

Für Engin Eroglu, Europaabgeordneter und Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen, kann sich die Bildungspolitik in nur durch ein Zurückfahren des Föderalismus verbessern: „Wir brauchen endlich bundesweit eine einheitliche Ausbildung von Lehrkräften! Außerdem brauchen wir in Deutschland einheitliche Bildungspläne, damit für Eltern und Kinder eindeutig ersichtlich ist, welcher Inhalt in welchem Schuljahr verpflichtend unterrichtet werden muss!“

FREIE WÄHLER begrüßen Öffnung der Grundschulen mit großem Aber (25.06.2020)

Cornelia Henkel, Leiterin der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung der FREIE WÄHLER Hessen, stellt Forderungskatalog auf Die FREIE WÄHLER Hessen begrüßen die Öffnung der Grundschulen in Hessen trotz anhaltender Coronakrise. Cornelia Henkel, Kreisvorsitzende der FREIE WÄHLER Schwalm-Eder und Leiterin der parteiinternen Landesarbeitsgemeinschaft Bildung, betont, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf schulische Bildung haben. Scharf kritisiert Henkel, dass von Seiten des Kultusministeriums kein Hygienekonzept ausgegeben wurde: „Die Schulen werden hier von Wiesbaden allein gelassen! Während der drei Monate der Schulschließungen war Zeit genug um entsprechende Konzepte zu entwickeln, damit alle Schüler*innen am Regelunterricht teilnehmen können.“

Zur Herbeiführung eines geregelten Schulalltags hat Cornelia Henkel einen Maßnahmenkatalog zum Einsatz an Schulen entwickelt:

- Rückblickend hätte jede Schule verpflichtend ihr eigenes Hygienekonzept (angepasst an die offiziell geltenden Corona-Richtlinien) allen Eltern und Kindern spätestens zum 1. Juni 2020

transparent machen müssen – mit Unterstützung der zuständigen Schulämter.

Hierbei ist zu beachten, dass es kleinen Kindern nicht zumutbar ist, ständig Desinfektionsmittel ausgesetzt zu sein. Händewaschen muss für kleine Kinder ausreichen. Alle Desinfektionsmaßnahmen müssen sensibel eingesetzt werden, um Gefahren für Kinder abzuwehren.

- Alle zur Verfügung stehenden Gebäude (Turnhallen / Gemeinschaftshäuser etc.) sowie vorhandene Freiflächen sollen dafür genutzt werden, dass Schüler*innen wieder ein vollständiges Recht auf Bildung bekommen.
- Lehrer*innen, die der Risikogruppe angehören, widmen sich denjenigen Schüler*innen, die intensiven individuellen Förderunterricht benötigen. Das heißt, der Förderunterricht findet in Kleinstgruppen statt, so dass der Mindestabstand von 1,5 Metern zu 100% eingehalten werden kann.

Pressemitteilungen zum Thema Bildung

FREIE WÄHLER zeigen eine klare Haltung zu allen aktuellen Bildungsthemen des Landes Hessen

- Lehrer*innen, die der Risikogruppe angehören, bereiten intensiv alle Lernmaterialien (Vorbereitungen etc.) für diejenigen Kinder vor und begleiten diese, die aufgrund von familiären Risiken nicht am Unterricht teilnehmen können.
- Lehrer*innen, die der Risikogruppe angehören, unterstützen alle Berufsgruppen innerhalb der Grundschule (Lehramtsstudent*innen / Sozialpädagog*innen / Psycholog*innen / Erzieher*innen etc.)
- Lehrer*innen, die der Risikogruppe angehören und nicht dem allgemeinen Schulbetrieb zur Verfügung stehen können, mit Lehramtsstudenten ersetzen. Aus Solidaritätsgründen wäre es wünschenswert, wenn die Lehrer*innen einen freiwilligen Verzicht auf 10-20% des Gehalts als Ausgleich für die Lehramts-Studierenden leisten würden.
- Um kleine Klassen von maximal 15 Schüler*innen unterrichten zu können, ist es wichtig, dass ein zeitversetztes Unterrichts-Angebot umgesetzt wird: Vormittags von 8.00 – 12.00 Uhr und nachmittags von 13.00 -17.00 Uhr.
- Würde der Samstagvormittag für Unterricht zur Verfügung stehen, könnte eine zusätzliche Entlastung in Höhe von 20% erlangt werden.

„Die Corona-Pandemie muss als Chance verstanden werden, Schule neu denken zu können“, betont Cornelia Henkel. „Wir müssen die Chance ergreifen, Missstände, die durch Corona mehr als deutlich wurden, zu beseitigen – zum Wohle jedes einzelnen Kindes!“

Für die FREIE WÄHLER Hessen ist klar, wenn es für kleine wie große Betriebe, Geschäfte, Familienunternehmen, Freibäder, Fitnesscenter und Kindertagesstätten möglich ist, Hygienekonzepte zu entwickeln, dann sollte dies auch den Schulen möglich sein.

„In jeder Schule gibt es Waschbecken und Toiletten. Was fehlt sind Konzepte für die Infrastruktur, damit diese dem Bildungsanspruch in Hessen genügt“, so Henkel.

Die FREIE WÄHLER fordern weiter, dass diejenigen, die sich dem Wohle jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin verpflichtet fühlen, sich dafür einsetzen müssen, dass das jetzige Schulsystem in Hessen während und nach der Coronakrise einen Transformationsprozess durchlaufen muss. Kinder haben ein Recht auf schulische Bildung und müssen in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben!

FREIE WÄHLER fordern Hygienekonzept und kleinere Klassen

(03.07.2020)

Die Landesvereinigung Hessen der FREIE WÄHLER begrüßt die Öffnung der Grundschulen in den beiden Wochen vor den Sommerferien als wichtiger Schritt in Richtung Normalität.

Covid19 zeigt wie ein Brennglas die Defizite in unserer Gesellschaft und auch in unseren Schulen. Während manche Kinder sehr gut mit dem Homeschooling zurechtkamen, haben andere in dieser Zeit so gut wie nichts gelernt. Dies hängt unmittelbar am Engagement von Eltern und Lehrern. Hier besteht die Gefahr, dass die Schüler, die es ohnehin schwer haben, ganz auf der Strecke bleiben. „Bildung ist Menschenrecht.“, so Dr. Bernd Neubert von der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung der FREIE WÄHLER Hessen. Kinder brauchen den sozialen Kontakt noch viel mehr als Erwachsene. Daher sollten Kinder die ersten sein, die von Lockerungen profitieren und die FREIE WÄHLER seien für die Öffnung der Schulen, solange es verantwortlich sei. Die Einhaltung der Hygienemaßnahmen sei die Grundvoraussetzung dafür.

In einigen Kreisen in Hessen sind die Ansteckungszahlen schon seit Wochen so niedrig, dass eine Öffnung der Schulen unter Einhaltung der üblichen Hygienemaßnahmen daher durchaus schon früher angemessen gewesen wäre. Neben den 1,5 m Abstand sind Mundschutz, Händewaschen und Lüften sowie tägliches Fiebermessen das

allerwichtigste. Diese Maßnahmen lassen sich im Alltag noch relativ leicht umsetzen und das Beispiel vieler asiatischer Länder zeigt, dass sich die Pandemie mit diesen Maßnahmen gut in den Griff bekommen lasse.

Dort werden bereits die Kleinsten gezielt auf solche Maßnahmen vorbereitet. „Durch die zunehmende Vernetzung der Welt und die weitergehende Vernichtung unberührter Lebensräume werden wir in Zukunft mit mehr solcher Pandemieereignissen zu rechnen haben. Wir sollten den Schüler*innen, die unsere Zukunft sind, bereits jetzt das Handwerkszeug mitgeben mit Pandemien umzugehen“, forderte Dr. Diego Semmler, der diese Maßnahmen auch als Teil des Bildungsauftrags sieht.

Sorgen machten sich die FREIE WÄHLER dagegen um die Infrastruktur der Schulen. Insbesondere die Toiletten seien in den letzten Jahren kaputt gespart worden. Dass Schüler sich in der Schule die Hände waschen schein nicht überall vorgesehen zu sein. Sollten die Steuereinnahmen in Folge der Coronakrise sinken und die Kommunen keine Hilfe erhalten, sei hier wenig Verbesserung wahrscheinlich, so der Landesvorsitzende der FREIE WÄHLER Engin Eroglu abschließend, der damit eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen forderte.

FREIE WÄHLER Hessen stellen Forderungen zur Stärkung des Erzieher*innen-Berufs auf (13.07.2020)

Die FREIE WÄHLER Hessen wollen den Beruf der Erzieherin/des Erziehers stärken und fordern:

1) Frühkindliche Bildung stärken - Einheitliche Ausbildungsinhalte
Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen gelegt. Die Frühkindliche Bildung, bestehend aus Bildung, Erziehung und Betreuung muss in den Fokus gerückt werden, da sie den Ausgangspunkt eines jeden Kindes im Bildungssystem darstellt.

Pädagogische Fachkräfte, die im Bereich der Elementarpädagogik (Krippe + Kita) arbeiten, müssen während der Ausbildung / des Studiums den Schwerpunkt „frühkindliche Bildung“ absolviert haben.

Die FREIE WÄHLER Hessen wollen eine pädagogisch hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung in Hessen sicherstellen. Die Grundvoraussetzungen dafür sind einheitliche Ausbildungsinhalte und Ausbildungsvorgaben in Fachschulen und Hochschulen für gut ausgebildetes Personal in den Kindertagesstätten.

Ergänzungsfachkräfte (Kinderpfleger*innen / Sozialassistent*innen / Heilerziehungspfleger*innen) unterstützen die Erzieher*innen in den Kindertagesstätten.

2) Multiprofessionelle Teams:

„Für die Kleinsten nur die besten Pädagogen!“

Die FREIE WÄHLER Hessen wollen eine pädagogisch hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung für alle Kinder von 0-10 Jahren in Hessen sicherstellen.

Frühkindliche Bildung benötigt gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte. Ziel ist es, dass Erzieher*innen / Elementarpädagog*innen / Kindheitspädagog*innen / Sozialpädagog*innen „Hand in Hand“ als multiprofessionelle Teams in allen Kindertagesstätten gemeinsam wirken, um jedes Kind individuell fördern zu können.

3) Bessere Bezahlung – Gleichstellung mit Lehrer*innen

Die FREIE WÄHLER Hessen fordern, dass alle pädagogischen Fachkräfte den Grundschullehrer*innen und Sekundarstufenlehrer*innen gleichgestellt werden und vom Land Hessen bezahlt werden.

Durch diese Maßnahme werden nicht nur die Erzieher*innen gestärkt, sondern auch die Kommunen finanziell entlastet.

„Frühkindliche Bildung benötigt gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte!“, so Cornelia Henkel (Kreisvorsitzender FREIE WÄHLER Schwalm-Eder) abschließend.

Schulen: Land muss für Luftfilterkosten aufkommen! (22.10.2020)

Das Land Hessen muss die Kosten für die Anschaffung von Lüftungsgeräten zur Filterung der Luft während der Corona-Krise für alle Schulen übernehmen! Das ist die klare Forderung der FREIE WÄHLER Hessen. „Wir dürfen nicht zulassen, dass es in den Landkreisen zu einer Frage der Dicke des Geldbeutels gemacht wird, wo Unterricht in Hessen ohne Corona-Risiko stattfinden kann!“, konstatiert Engin Eroglu, Europaabgeordneter und Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen. Entsprechend besorgt blicken die FREIE WÄHLER Hessen auf den nahenden Winter, wo bei Dauerregen oder Minusgraden in den Klassenräumen geöffnete Fenster das Allheilmittel in vielen Landkreisen sein soll.

Erschreckt zeigt sich Cornelia Henkel, Vorsitzende der FREIE WÄHLER-Landesarbeitsgemeinschaft Bildung und Kreisvorsitzende der FREIE WÄHLER Schwalm-Eder, darüber, dass den Kreisverwaltungen die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler oftmals anscheinend nicht die Anschaffung solcher Geräte wert ist: „Die Kosten für Luftfilter sind auszugeben! Es darf nicht an der falschen Stelle gespart werden. Selbstverständlich sollten Landkreise die erforderlichen Gelder für die Lüftungsanlagen nicht zur Verfügung stellen müssen, man muss aber von den Landkreisen erwarten können, dass sie für die Übernahme der Kosten kämpfen und dafür sorgen, dass Landesmittel bereitgestellt werden!“

Pressemitteilungen zum Thema Bildung

FREIE WÄHLER zeigen eine klare Haltung zu allen aktuellen Bildungsthemen des Landes Hessen

FREIE WÄHLER fordern eine grundlegende Neuregelung der Lehrkräfteausbildung (03.01.2022)

Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Hessen muss grundlegend neu geregelt werden – eine „kleine Reform“ greift hier zu kurz, heißt es in einer Mitteilung der FREIE WÄHLER Hessen.

„Schlagwörter wie Digitalisierung, Inklusion und Ähnliche werden mittlerweile in Hessens Schulen inflationär behandelt – ohne dass ein ausreichendes Konzept mit der notwendigen Transparenz für alle Bildungspartner vorhanden wäre; teilweise mangelt es gar an einem tiefgreifenden Verständnis jener Begriffe“, erklärt Engin Eroglu, Europaabgeordneter und Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen.

Die Lehrkräfteausbildung muss den gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Die Freie Wähler setzen sich daher folglich für grundlegende Veränderungen ein:

- Jede Lehramtsstudentin / jeder Lehramtsstudent muss zwei verpflichtende Praxissemester in einer staatlichen Bildungseinrichtung mit Kindern und Jugendlichen absolvieren.
- Die Lehrkräfteausbildung wird um die verbindlichen Prüfungsfächer Erziehungswissenschaft und Psychologie erweitert, um dem Bildungs- und Erziehungsanspruch der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden.

- Zukünftige Lehrkräfte werden dahingehend ausgebildet, dass diese in der Lage sind in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten zu können – damit Inklusion gelingen kann.
- Zukünftige Lehrkräfte werden dahingehend als Expert*innen für Digitalisierung und Medienkompetenz ausgebildet, so dass jene Kompetenzen bedarfsgerecht in den jeweiligen Schulstufen gelehrt werden können.
- Die Bereiche „individuelle Förderung – Inklusion – Binnendifferenzierung“ sind in allen Fächern Hauptbestandteile der Lehrkräfteausbildung.

„In vielen Bundesländern ist es bereits eine Selbstverständlichkeit, dass die Bildungs- und Erziehungspläne die Bildungsansprüche von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre verbindlich formulieren. In Hessen gilt der Bildungs- und Erziehungsplan nur von null bis zehn Jahren“, so Eroglu

Zusammenfassend fordern die FREIE WÄHLER Hessen eine grundlegende Neuregelung der Lehrkräfteausbildung, eine Sicherung landeseinheitlicher Bindungsstandards, Unterricht durch pädagogisch ausgebildete Lehrkräfte sowie eine Übernahme des Personals im Elementarbereich durch das Land.

Familien jetzt entlasten! – Gebührenfreie Krippen ab dem 1. Lebensjahr (07.04.2022)

Wegen der enormen Kostensteigerungen der jüngsten Zeit fordern die FREIE WÄHLER Hessen eine sofortige Entlastung der hessischen Familien durch Gebührenfreiheit der Krippen und Kitas. „Es kann nicht sein, dass in vielen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz oder Berlin die Krippen und Kitas gebührenfrei sind, in Hessen Familien aber damit belastet werden. Wir brauchen gute Bildung, die gebührenfrei ist!“, sagt Engin Eroglu, Mitglied des Europäischen Parlaments und Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen am Donnerstag.

Die FREIE WÄHLER haben es in Hessen durch ihr Volksbegehren „Kita-Frei“ erreicht, das genügend große Öffentlichkeit erzeugt wurde, so dass nun immerhin für Kinder ab drei Jahren täglich sechs Stunden Kita-Betreuung vom Land übernommen werden. Für Engin Eroglu muss nun der nächste Schritt gemacht werden: „Die aktuelle Lage erfordert es, dass es ab dem ersten Lebensjahr gebührenfreie Betreuung in Krippen und Kitas für täglich acht Stunden geben muss!“ Letztendliches Ziel der FREIE WÄHLER ist es, Bildung bis zum ersten Abschluss kostenfrei anzubieten. Damit wollen die FREIE WÄHLER mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen. Dazu muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Land im Schulbereich aufgehoben werden. „Der Bund muss Bildung mitfinanzieren!“, so der Landesvorsitzende.

Für die FREIE WÄHLER Hessen ist es elementar, dass in Krippen, Kitas und Schulen gut ausgebildete pädagogische Fach- und Lehrkräfte eingesetzt werden. „Die hohe Zahl an Quereinsteigern und Quereinsteigerinnen an Grundschulen, die derzeit ohne ausreichende pädagogische Kenntnisse unterrichten, muss dringend zurückgefahren werden. Ein Pädagogikstudium muss Mindestvoraussetzung sein. Auch der Einsatz von Eltern als Hilfslehrer ist wenig zielführend“, bemängelt Eroglu.

Um einen problemlosen Übergang von der Kita zur Grundschule zu gewährleisten, fordert die Partei das letzte Kita-Jahr zur Pflicht zu machen. „So wird zum einen sichergestellt, dass alle Kinder vor Eintritt in die Grundschule die gleichen Deutschkenntnisse besitzen, zum anderen können alle einheitlichen Elemente der frühkindlichen Bildung vermittelt werden“, erklärt Engin Eroglu.

Abschließend unterstreicht Eroglu seine Forderungen mit dem Appell, Bildung endlich als Prozess zu verstehen, für den die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schaffen müsse. Und das gehe nur mit gebührenfreier Bildung, Erziehung und Betreuung in hoher Qualität ab dem ersten Lebensjahr.

FREIE WÄHLER: Fachkräftemangel im Bildungsbereich durch einrichtungsübergreifende Familienzentren begegnen! (08.07.2022)

Der Fachkräftemangel ist bereits heute ein großes Problem für die Bildung unserer Kinder in den Kitas und in den Grundschulen!

Die FREIE WÄHLER fordern schon lange, dass man in den Bildungsbereichen Kita und Grundschule neue Wege gehen muss.

Ziel muss es sein, dass Gemeinden, Städte und Stadtteile flächendeckend zukunftsweisende Familienzentren organisieren, die dem gesamten Gemeinwesen dienen und über einzelne „Leuchtturmprojekte“ hinausgehen.

Für die FREIE WÄHLER Hessen ist es unverständlich, dass jede Grundschule in Hessen Erzieherinnen und Erzieher für die Ganztagsbetreuung benötigt, die Kindertagesstätten somit nicht mehr zur Verfügung stehen, wie die Bertelsmann-Stiftung kürzlich erhoben hat. Hier darf keine Konkurrenz zum Nachteil der Kinder und deren Familien entstehen. Im Gegenteil, wie die FREIE WÄHLER finden, denn gerade in diesem Bereich lassen sich Synergien wunderbar nutzen!

Zu den politischen Forderungen der FREIE WÄHLER zählt seit langer Zeit die Forderung nach einer verlässlichen Grundschule bis 13.00 Uhr mit verlässlicher schulischer Bildung! Verlässliche Grundschule bedeutet, dass während des Schulvormittags das Curriculum der Primarstufe verbindlich umgesetzt wird. Der Unterricht wird so gestaltet, dass jedes Kind individuell gefördert wird und jedes Kind eine individuelle positive Lernentwicklung hat.

Die Studententafel wird verlässlich an allen Schultagen umgesetzt.

Vertretungsstunden (aufgrund von Krankenstand etc.) müssen den Inhalten der Studententafel angepasst werden. Unterricht fällt nicht aus! – so die bildungspolitische Forderung der FREIE WÄHLER.

Im Anschluss an den Schulvormittag sollten Eltern ein verlässliches Betreuungsangebot in Anspruch nehmen können. Zukunftsweisende Familienzentren haben die Möglichkeit, gemeinsam mit Kindertagesstätten, Grundschulen, Vereinen, Kirchen etc. ein freiwilliges und verlässliches Betreuungsangebot für alle Kinder zu schaffen.

Das Betreuungsangebot ist soll ausdrücklich kein schulisches Angebot sein, betonen die FREIE WÄHLER Hessen, und somit ein freiwilliges Angebot an alle Eltern, die eine Betreuung im Anschluss der Schule für ihr Kind wünschen.

„Familienzentren – finanziert vom Land Hessen – können eine wichtige Brücke sein, Bildungsqualität und Bildungsquantität im Vorschulbereich und im Schulbereich nachhaltig zu sichern – insbesondere in Zeiten fehlender Fachkräfte. Wir wollen die verlässliche Grundschule und den damit verbundene Ausbau von Familienzentren hessenweit vorantreiben, um unser Bildungssystem mit pädagogisch hochwertigen Angeboten weiter auszustatten und zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen und gleichzeitig die Förderung des Vereinslebens zu gewährleisten!“, erklärt Engin Eroglu, Europaabgeordneter und Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen.

FREIE WÄHLER kritisieren Zustände an hessischen Kitas und Grundschulen (31.05.2022)

Nicht erst seit der Vorstellung der sogenannten IGLU-Studie kritisieren die FREIE WÄHLER die Landesregierung für den Zustand des hessischen Bildungssystems. Die jüngst vorgestellten Ergebnisse der internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung haben aber einmal mehr gezeigt, in was für einen miserablen Zustand die schwarz-grüne Landesregierung Schulen und Kitas inzwischen versetzt hat. Wie das Land aus dieser Bildungsmisere herauskommen möchte, bleibt für die FREIE WÄHLER Hessen fraglich. „Deutschlandweit lesen die Grundschülerinnen und -schüler schlechter als vor fünf Jahren. Singapur nimmt den Spitzenplatz ein, innerhalb der EU liegen England, Finnland und Polen weit vor uns. Ich frage mich, wie Kultusminister Alexander Lorz nachts noch ruhig schlafen kann!“, sagt Engin Eroglu (MdEP), Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FREIE WÄHLER Hessen.

Für die gesetzlichen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem 1. August 2026 fehlen in den hessischen Grundschulen mindestens 4.800 zusätzliche sozialpädagogische Fachkräfte. Nach Berechnun-

gen der GEW-Hessen werden für das Jahr 2029 6.500 sozialpädagogische Fachleute benötigt. Hinzu kommt, dass in Hessen schon dato 37.000 Kita-Plätze fehlen und etwa 25.000 Kita-Fachkräfte. „Die Zeit drängt und die Landesregierung muss umgehend tätig werden, Konzepte vorlegen und Anreize schaffen. Fachkräfte fallen nicht vom Himmel und eine Ausbildung und ein Studium benötigen Zeit!“, erklärt Eroglu.

Um die Situation in Kitas und Schulen zu verbessern, haben die FREIE WÄHLER Hessen eigene Vorschläge entwickelt. Das letzte Kita-Jahr muss, analog zum Schulsystem, zur Pflicht werden. Den Kita-Fachkräfte müssen mit einem kindgerechten, auf die Basiskompetenz ausgerichteten Programm, alle Kinder in diesem Jahr auf den Übergang Kita-Schule qualifiziert vorbereiten. Der Quereinstieg von berufsnahen Fachkräften in Kitas und Schulen soll für die FREIE WÄHLER prinzipiell möglich sein, bedarf aber Qualitäts- und Quantitätskriterien. Generell müssen die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in Kitas und Schulen dringend verbessert werden, unter anderem

Pressemitteilungen zum Thema Bildung

FREIE WÄHLER zeigen eine klare Haltung zu allen aktuellen Bildungsthemen des Landes Hessen

fordern die FREIE WÄHLER die Gehaltsstruktur an den Gymnasiallehrkräften zu orientieren.

Die Grundschule muss „entrümpelt werden“ und sich wieder auf die Kernaufgaben, zum Beispiel das angemessene Erlernen von: Sprache, Lesen, Schreiben, Rechnen, konzentrieren. 200 Minuten pro Woche werden international für Leseaktivitäten im Unterricht genutzt. Für die FREIE WÄHLER sollte das für hessische Grundschülerinnen und -schüler das Minimum sein. Selbstverständlich sollte jeder schwache Lernenden individuell fördern, aber gleichermaßen sollten auch die Leistungsstarken wieder verstärkt in den Fokus genommen und gezielt gefördert werden. Die Digitalisierung in den Grundschulen muss hierbei ergänzend- und methodisch unterstützend gesehen werden.

So soll jedes Kind (analog einem schuleigenen Buch), ein schuleigenes Endgerät kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen. Mit diesem ist nur mit den Lehrkräften und über den Schulserver zu arbeiten. Ganz klar sollte „Das Digitale“ in den ersten Lernjahren nicht die persönliche Beziehung zwischen Kind und Fachkräften dominieren. Auf die Gefahren des Internets muss kindgerecht hingewiesen werden.

„Mit diesen Vorschlägen wollen wir gegen die hessische Bildungsmisere vorgehen. Gerne darf die hessische Landesregierung diese Vorschläge sofort übernehmen. Wenn nicht, werden wir FREIE WÄHLER dies gerne nach der Landtagswahl am 8. Oktober tun“, so Engin Eroglu abschließend.

FREIE WÄHLER: Wahl der Kita-Elternvertretung Hessen eine Blamage für die Landesregierung (03.07.2022)

Die in diesem Frühjahr durchgeführte Wahl zur Landeselternvertretung der Kita-Eltern in Hessen ist für die FREIE WÄHLER Hessen ein Täuschungsmanöver seitens der Hessischen Landesregierung. Es war ein gleichermaßen dilettantisch vorbereiteter wie auch durchgeführter Versuch, kurz vor der Landtagswahl der gesetzlichen Pflicht nachzukommen, irgendwie einen Kita-Beirat-Hessen durch die Eltern wählen zu lassen.

Die FREIE WÄHLER bemängeln, dass sich von etwa 290 000 Wahlberechtigten in dem „Wahlchaos“ lediglich 5702 Personen registriert haben. Eine Blamage für die schwarz-grüne Landesregierung! Immerhin: Die etwa zwei Prozent registrierten Mütter und Väter können nun ihre Delegierten bestimmen, die dann die Landeselternvertretung (LEV) im Kita-Bereich ausüben können.

Für die Durchführung der Wahl hat das Land Hessen für 180.000 Euro einen Dienstleister beauftragt. Somit kostet umgerechnet auf die registrierten Wählerinnen und Wähler jede Wahlstimme den hessischen Steuerzahler 31 Euro.

Die Gründe für dieses Desaster liegen für Engin Eroglu (MdEP), Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen und Spitzenkandidat zur Landtagswahl, auf der Hand: „Zu spät, zu umständlich, keine angemessene Werbung, keine Kontrolle! Offensichtlich hatte die Landesregierung überhaupt keine ernste Absicht, das diese Wahl ein Erfolg wird!“

Die FREIE WÄHLER Hessen fordern deshalb schon lange ein Bildungsministerium, das zuständig ist für alle Bildungsebenen und Bildungsprozesse: von der Kindertagesstätte über Schule und Universität bis zu Fort- und Weiterbildungen. „Wir FREIE WÄHLER fordern schon lange eine echte Landeselternvertretung in der Eltern von Kita-Kindern, Eltern von Grundschulkindern und Eltern von Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen partnerschaftlich, im Sinne von echter Teilhabe, beteiligt sind!“, erklärt Eroglu abschließend.

FREIE WÄHLER Hessen wollen politische Bildung intensivieren (08.08.2023)

Die FREIE WÄHLER Hessen sind davon überzeugt, dass die enormen derzeitigen gesellschaftlichen Herausforderungen nur adäquat bewältigt werden können, wenn wir die politische Bildung in allen Teilen der Gesellschaft, insbesondere in allen Bildungsbereichen, bewusst und dauerhaft intensivieren und personell wie materiell nachhaltig ausstatten. Um dies zu erreichen, stellen die FREIE WÄHLER einige Forderungen an Bildungspolitik und -system.

„Für uns FREIE WÄHLER Hessen ist die frühe Bildung von Kindern im Vorschulbereich ein wesentlicher Baustein für eine angemessene Bildung. Daher möchten wir das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung verpflichtend und kostenfrei für alle Kinder machen“, erklärt Engin Eroglu, Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen und Spitzenkandidat zur Landtagswahl.

Zwar wird das Bildungswesen in Deutschland prinzipiell durch das föderative Staatssystem bestimmt. Die Konferenz der Kultusminister der Bundesländer (Kultusministerkonferenz – KMK) legt jedoch für alle Bundesländer gültige Bildungsziele und Bildungsstandards, insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Hochschulen und Forschung sowie Kultur fest. Sie sind als normative Vorgaben zur Steuerung im Bildungssystem zu verstehen. Dieser Sachverhalt muss dringend ergebnisoffen – auch für Hessen – diskutiert werden, denn die FREIE WÄHLER empfinden die Ergebnisse für Fachkräfte wie Lernende, als bis dato meist ungenügend. Alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte sollen daran beteiligt werden.

Weiter wollen sich die FREIE WÄHLER dafür einsetzen, dass sich mittelfristig die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im Vorschul- und Grundschulbereich zeitlich, inhaltlich und in der Qualität noch mehr am Kind orientiert und sich die Entlohnung an das Niveau der Lehrkräfte in der Sekundarstufe angleicht. Den Chancen und Risiken der digitalen Entwicklung muss nach Willen der Partei kritisch-konstruktiv begegnet werden.

„Letztendlich sind wir davon überzeugt, dass auf allen Bildungsebenen und in allen Bildungsbereichen grundlegende Reformen notwendig sind. Beispielsweise müssen Fachkräfte in allen Bildungssystemen sich wieder mehr um ihre Aufgaben als Pädagogen kümmern und von Verwaltungsaufgaben mit ständig steigender Bürokratie entlastet sein!“, hält Eroglu fest.

Bewusst sind sich die FREIE WÄHLER Hessen, dass eine dauerhafte Förderung politischer Bildung - insbesondere von Medienkompetenzen, über den Kita- und Schulbereich hinaus, auch die Jugend- und Erwachsenenbildung in all ihren Bereichen und Formen nachhaltig berücksichtigen muss. Bildung muss zu dem auch in allen Teilen Eu-

ropas und besonders den vielen Krisen- und Konfliktregionen unserer Erde gefördert werden. Bildung ist für die FREIE WÄHLER Hessen der Schlüssel für bessere Chancen im Leben von Menschen und kann unter anderem Kriegs- und Fluchterfahrungen verhindern.

„Wir wollen als FREIE WÄHLER alles in unserer Macht stehende tun, um die demokratische Grundordnung in Hessen und Deutschland zu schützen sowie weiterzuentwickeln. Daher unterstützen wir auch die Gestaltung und Implementierung eines Demokratieförderungsgesetzes“, so Engin Eroglu. Daher schließen sich die FREIE WÄHLER auch uneingeschränkt dem „Münchener Manifest“ der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung vom Mai 1997 an. Dort heißt es, „...dass der demokratische Rechtsstaat vom mündigen Mitdenken und Mitleben seiner Bürgerinnen und Bürger sowie von ihrer Bereitschaft lebe, sich selbstverantwortlich und sozialverantwortlich ein Urteil zu bilden, in der Verfassung normierte Regeln und Werte zu respektieren und sich für sie zu engagieren.“

FREIE WÄHLER fordern kostenfreie Kita-Plätze ab der Krippe - Petition „KitaFrei“ gestartet (15.08.2023)

Die FREIE WÄHLER Hessen fordern kostenfreie Kita- und Krippenplätze ab dem ersten Lebensjahr. Um diese Forderung zu unterstreichen wurde eine Petition gestartet, die wieder den Titel „KitaFrei“ trägt, den Namen, mit dem die Partei bereits ab 2015 für kostenfreie Kitaplätze gekämpft hat. „Die Frühkindliche Bildung, bestehend aus Bildung, Erziehung und Betreuung muss in den Fokus gerückt werden, da sie den Ausgangspunkt eines jeden Kindes im Bildungssystem darstellt. Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den ersten Lebensjahren bis zum Schuleintritt wird die Basis für die Entwicklungs- und Bildungschancen gelegt“, erklärt Engin Eroglu (MdEP), Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FREIE WÄHLER Hessen zur Landtagswahl.

Wenn man der frühkindlichen Bildung und der aktiven Familienpolitik einen so hohen Stellenwert beimisst, wie es Landes- und Bundespolitiker in Sonntagsreden immer wieder tun, dann darf der Kita-Besuch ebenso wie der Schulbesuch nicht kostenpflichtig sein – auch nicht anteilig. Ohnehin sind Familien aktuell extrem belastet und müssen in vielen Bereichen mit gestiegenen Kosten kämpfen und müssen teils jeden Cent zweimal umdrehen.

Auch die angespannte Haushaltslage der Städte und Gemeinden wollen die FREIE WÄHLER Hessen entlasten. „Für die Städte und Gemeinden sind Krippen und Kitas oft der größte Haushaltsposten. Die Kommunen sind vom Land finanziell nicht entsprechend ausge-

stattet, diese Beitragsfreiheit zu finanzieren. Deshalb fordern wir das Land Hessen dazu auf, für alle Kinder die gesamten Kita-Kosten ab der Krippe komplett zu übernehmen und nicht nur wie derzeit, sechs Stunden Kita täglich.“, so Eroglu weiter.

Für die FREIE WÄHLER ist es nicht verständlich, warum die Beitragsfreiheit bis dato in Deutschland nicht flächendeckend umgesetzt wird. Dass der Schulbesuch im Bundesgebiet kostenfrei ist, dagegen in den meisten Krippen und Kitas Gebühren oder Beiträge zu entrichten sind, ist durch Nichts zu begründen. „Kindertagesstätten und Krippen sind wie Schulen und Universitäten Bildungseinrichtungen, deren Besuch kostenbeitragsfrei sein muss. Hier werden die Basiskompetenzen und Schlüsselqualifikationen erworben, die im späteren Leben für verantwortungsvolles soziales Verhalten sorgen. Wir rufen deshalb alle Eltern, Omas und Opas, Onkel und Tanten sowie an guter Bildung Interessierte auf, unsere Petition ‚KitaFrei‘ zu unterzeichnen, damit das Thema im Vorfeld der Landtagswahl an Gewicht gewinnt!“, sagt Engin Eroglu abschließend.

Unterzeichnet werden kann die Petition über die Webseite www.kitafrei.de. Die FREIE WÄHLER Hessen haben seit 2015 immer wieder unter dem Titel „KitaFrei“ für kostenfreie Plätze in Kindertagesstätten gekämpft. Die Entscheidung des hessischen Landesregierung, zum 1. August 2018 die Kosten für täglich sechs Stunden Kita zu übernehmen, war für die FREIE WÄHLER ein großer außerparlamentarischer Erfolg. (ts)

Pressemitteilungen zum Thema Bildung

FREIE WÄHLER zeigen eine klare Haltung zu allen aktuellen Bildungsthemen des Landes Hessen

FREIE WÄHLER wollen Systemänderung für die Kitas (29.08.2023)

Die FREIE WÄHLER wollen die Qualität der Kitas in Hessen steigern, die vor allem durch eine Veränderung der Beschäftigung erreicht werden soll. Das System soll zukünftig jenes der Schule adaptieren, bei dem, wie bei Lehrenden an Schulen, Erzieherinnen und Erzieher direkt beim Land Hessen angestellt sind. Das würde auch eine Aufwertung des Berufsbildes darstellen. Haustechniker und Küchenkräfte blieben bei diesem Modell bei der Kommune angestellt.

„Wir wollen außerdem erreichen, dass Erzieherinnen und Erzieher, die sich in der Ausbildung befinden, besser bezahlt werden, beziehungsweise überhaupt ein Ausbildungsgehalt bekommen. Schon deshalb ist dieser Beruf im Kultusministerium besser aufgehoben, weil damit auch eine Qualitätsverbesserung einher ginge!“, erklärt Engin Eroglu (MdEP), Landesvorsitzender der FREIE WÄHLER Hessen und Spitzenkandidat zur Landtagswahl.

Auch in der Tagespflege tätige Personen sind von der von den FREIE WÄHLER Hessen angedachten Systemumstellung nicht ausge-

schlossen. Ebenfalls soll die Beschäftigung von Tagespflegepersonen zukünftig beim Land Hessen erfolgen und so durch das FREIE WÄHLER-Konzept aufgewertet werden. „Tagespflege wird nicht als Konkurrenz zu den Kitas betrachtet – im Gegenteil: die Pflegestellten werden den Kitas zugeordnet und so haben auch die Pflegestellten-Kolleginnen und -Kollegen die Möglichkeit zum pädagogischen Austausch und zu Weiterbildungen. Auch die Vertretung ist viel besser zu lösen!“, so Eroglu.

Mit den Änderungen im Kita-System erwarten die FREIE WÄHLER große Verbesserungen für die Erziehenden. Der Beruf wird attraktiver. „So, wie wir gerade mit der Petition „Kitafrei“ für kostenfreie Kitaplätze in Hessen kämpfen, so ist diese Änderung auch ein absoluter Gewinn für die Tagespflegepersonen, weil wir auch ihren Stand in unserem Bildungswahlprogramm weitergedacht haben!“, betont Engin Eroglu abschließend.

FREIE WÄHLER Hessen analysieren Koalitionsvertrag im Bereich Bildung (14.05.2024)

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bildung der FREIE WÄHLER Hessen hat den zwischen CDU und SPD geschlossenen Koalitionsvertrag analysiert und eine umfangreiche Stellungnahme verfasst. Zwar erkennen es die Leiterinnen der LAG Bildung, Cornelia Henken (Schwalmstadt) und Nora Zerenner (Kelkheim), an, dass die schwarz-rote Koalition im Bildungsbereich einige unterstützenswerte Ziele angegeben hat, viele davon von den FREIE WÄHLER schon lange als wichtige Eckpunkte erkannt und mit konkreten lösungsorientierten Vorschlägen benannt wurden.

Die konkret im Koalitionsvertrag benannten Punkte, fügen wir unten bei, bzw. stellen sie als zusätzlichen Download bereit.

Unnachgiebig bleibt die LAG Bildung aber bei Forderungen der FREIE WÄHLER, die die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag nicht angeht.

So bleibt es die oberste Forderung der FREIE WÄHLER, dass Bildung in Hessen gebührenfrei sein müsse, von der Krippe bis zum ersten Ausbildungsabschluss.

Weiter fordert die LAG Bildung, dass Fachkräfte im Bereich Bildung Länderhoheit sein müssen, sowohl in der Kita als auch im schulischen Bereich. Dies entlastet die Kommunen finanziell erheblich und sie

können sich auf ihre originären Aufgaben, der Gestaltung der Lern- und Arbeitsorte, konzentrieren.

Die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte muss landeseinheitlich erfolgen. Dies soll eine pädagogisch hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung in Hessen sicherstellen. Im Rahmen der Ausbildung angehender Lehrkräfte sprechen wir uns für eigenständige pädagogische Hochschulen aus. In diesen sollen neben Lehrkräften sämtlicher Lehrämter auch weitere pädagogische Fachkräfte wie z.B. Schulsozialarbeiter, Elementarpädagogen etc. ausgebildet werden.

Darüber hinaus sollen die genannten Berufsgruppen im Hinblick auf die sich wandelnde Gesellschaft stärker im Bereich der interkulturellen Kompetenzen ausgebildet und sensibilisiert werden.

Abschließend hält die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung der FREIE WÄHLER Hessen fest, dass der Gesamtbereich Bildung in Hessen in den letzten Jahren immer mehr „Risse“ aufweist, die so gut es ging „repariert“, aber keine grundlegende „Sanierung“ erhalten haben. Es ist jetzt an der Zeit, diese „Sanierung“ mit den damit verbundenen Veränderungen vorzunehmen, um die Zufriedenheit aller am System Beteiligten wieder herzustellen.

Stellungnahme zu den einzelnen Punkten im Koalitionsvertrag:

- KOA: Die Erziehung der Kinder und Jugendlichen ist zuvorderst Recht und Pflicht der Eltern.
FW: In Deutschland stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind natürliches Recht und Pflicht der Eltern. Ob diese ihre Rechte wahrnehmen und ihren Pflichten angemessen nachkommen, darüber wacht die staatliche Gemeinschaft (siehe Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG), Artikel 6). Ehe und Familie dürfen als Lebensform (in welcher Konstellation auch immer!) nicht geschädigt werden (Beeinträchtigungsverbot), sondern sollen durch geeignete Angebote gefördert werden (Förderungsgebot).
- Bildung aus einem Guss – von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur Fort- und Weiterbildung.

FW: Kita

Die „Frühkindliche Bildung“ wird im Koalitionsvertrag erst in Kapitel 2 „Aus Respekt vor Familien und Alleinerziehenden“ angesprochen. Sie ist aus unserer Sicht aber der Schule unbedingt voranzustellen. Gleiche Chancen für alle Kinder, d.h. Bildungsgerechtigkeit von Anfang an, beginnt bereits im Elementarbereich.

Wir fordern eine verbindliche Kita-Pflicht ab dem 4. Lebensjahr. Durch die Schaffung eines festen zeitlichen Rahmens von täglich mindestens 4 Zeitstunden, wird allen Kindern die Teilnahme an einem festen hessenweitem (besser bundesweitem) Kerncurriculum ermöglicht. Auf diese Weise wird vor Schuleintritt eine verbindliche Bildungsqualität erreicht, die einen erfolgreichen und nahtlosen Übergang von der Kita in die Grundschule garantiert. Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan muss in diesem Zusammenhang grundlegend überarbeitet und verbessert werden. Alle Fachkräfte des Elementar- und Primarbereichs **MÜSSEN VERBINDLICH** nach dem aktualisierten Bildungs- und Erziehungsplan arbeiten.

FW: Schule (Grundschule / Sek. I)

Rahmenbedingungen: Die Lern- und Arbeitsorte sind so zu gestalten, dass Lehrende und Lernende möglichst optimale Bedingungen vorfinden. Dazu gehört u.a. eine moderne Ausstattung der Gebäude / Räume in denen Lehrende und Lernende gute Lern-, Arbeits-, Er-

holungs- und Begegnungsmöglichkeiten vorfinden. Alle Lehrenden sollten einen eigenen Arbeitsplatz in der Schule haben, damit sie vor Ort in den Schulen ihren Unterricht vorbereiten und die Bildungspartnerschaft mit den Eltern und dem Kollegium konkret leben können. Lern- und Arbeitsmittel müssen dem neuesten Standard entsprechen und für Lehrende und Lernende gebührenfrei sein.

Gebäude: Es muss in jeder Stadt / jedem Landkreis eine Prioritätenliste der zu sanierenden Gebäude (Kita/Schule) erstellt werden, die dann aber auch konsequent „abgearbeitet“ wird.

Lehrende: Multiprofessionelle Teams können bis zu einem „gewissen Grad“ auch Laien, Ehrenamtliche und „Quereinsteiger“ angehören, die die Fachkräfte entlasten. Bedingung ist eine qualifizierte Einarbeitung. Eine permanente Fachaufsicht muss stets gewährleistet sein, ebenso die Verpflichtung der „Unterstützungskräfte“ vor und während des Einsatzes, gezielte Fortbildungen/Weiterbildungen in Anspruch zu nehmen.

Einheitliche Mindeststandards in Grundschulen:

Auch in der Grundschule müssen landesweit (besser bundesweit) einheitliche Mindeststandards in den Kernfächern Lesen, Schreiben, Rechnen und Sachunterricht gelten. Diese müssen in regelmäßigen Abständen evaluiert und angepasst werden. Wichtig ist auch, dass diese Mindeststandards von allen Grundschulen erfüllt werden. Daher ist eine regelmäßige Kontrolle durch die Schulleitung, die Schulaufsicht oder andere Institutionen erforderlich.

Fachkräftemangel:

Vor allem im Elementar- und Primarstufenbereich sollte das Prinzip „Qualität vor Quantität“ gelten.

Bis der Fachkräftemangel „behoben ist“, sollten am Vormittag 4 Zeitstunden verbindliche Bildungszeit garantiert werden.

Um eine Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf sicherzustellen, sollte im Anschluss an die garantierte Bildungszeit eine anschließende Betreuungszeit bis zum Nachmittag gewährleistet sein.

Download: https://www.freiewaehler-hessen.de/media/2024-05-14_stellungnahme_bildung_koalitionsvertrag.pdf

Weiterarbeit: Marode Schulen

TV LAG Bildung N. Zerenner/C. Henkel am 22.03.2025

FW LTW 2023

Die Lern- und Arbeitsorte sind so zu gestalten, dass Lehrende und Lernende möglichst optimale Bedingungen vorfinden.

Dazu gehört u.a. eine moderne Ausstattung der Gebäude/Räume in denen Lehrende und Lernende gute Lern-, Arbeits-, Erholungs- und Begegnungsmöglichkeiten vorfinden.

Grundlagen und Voraussetzung müssen einheitliche Standards sein. Es kann nicht sein, dass in manchen Stadtbezirken / Dörfern etc. unterschiedliche Maßstäbe angesetzt werden.

Alle Schülerinnen und Schüler müssen die gleichen Bildungsvoraussetzungen für eine gelingende schulische Entwicklung haben.

Hierzu sind insbesondere hervorzuheben:

- Klassenräume nach neuesten wissenschaftlichen Gesichtspunkten
- Funktionsräume in ausreichender Anzahl und Ausstattung (Kunst-, Medien-, Werk- und Handarbeitsräume)
- Funktionsräume für Sprache („Sprachlabore“ für den Fremdsprachenunterricht, Deutschkurse für Ausländer)
- Funktionsräume für alle MINT-Bereiche für experimentelles und nachhaltiges Lernen
- Sportstätten, die KEINE Einschränkung der sportlichen Angebote vorhalten

Lern- und Arbeitsmittel müssen dem neuesten Stand entsprechen und für Lehrende und Lernende gebührenfrei sein.

Das schulische Lernen mit geeignetem Material muss in der Schule stattfinden und darf nicht in das familiäre Umfeld verlagert werden. Alle Materialien für individuelle Förderung / Inklusion / etc. müssen die Schulen bereitstellen können.

Für die Digitalisierung in allen Schulformen und Schularten Rahmenbedingungen schaffen, um den Lehrern mehr Freiheit für die Unterrichtsgestaltung zu schaffen.

Es müssen verpflichtende Fortbildungsangebote - unter Berücksichtigung neuester neurowissenschaftlicher Forschungsergebnisse - im Bereich der Digitalisierung für alle Lehrkräfte stattfinden.

Mehr finanzielle Mittel für die Anstellung externer Fachkräfte (Bürokaufleute, Fachinformatiker, Systemadministratoren) zur Entlastung der Lehrkräfte nutzen.

Wir fordern schon lange, dass Lehrkräfte in den Schulen für die Bereiche Bildung und Erziehung zuständig sind. Alle anderen Aufgabenbereiche müssen aus dem Bereich schulischer Bildungsverantwortung ausgegliedert werden.

Bildungsgerechte Grundschule: Unterrichtsgarantie incl. Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung bis 14.30 Uhr. Im Anschluss ein verlässliches Betreuungsangebot (freiwillig) unter Einbeziehung von pädagogischen Fachkräften bis 17 Uhr. Finanzierung von Land und Bund, Kommunen nicht belasten.

Für die Nachmittagsbetreuung müssen eigene Räume zur Verfügung stehen, in denen sich Kinder „familienanalog“ aufhalten können.

Klassenräume sind keine Betreuungsräume.

Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen nach § 15 HSG (Erlass vom 13.4.2018)

2.1 Voraussetzungen

2.1.1 Schulen

- Sinnvoller Wechsel zwischen Phasen der An- und der Entspannung. Insbesondere Bewegung und eine ganzheitliche Förderung.
- Schulträger stellt Angebot eines warmen, ausgewogenen Mittagessens sicher und gewährleistet die erforderliche räumliche, sächliche und personelle Ausstattung.
- Eine (Haus-)Aufgabenhilfe und -betreuung oder eine angeleitete Übungs- und Lernzeit,
- Ruhe-, Stillarbeits- und Aufenthaltsräume für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte und sozialpäd. Fachkräfte,
- Fachkräfte und weiteres Personal, das Ganztagsangebote oder zusätzliche Angebote an ganztägig arbeitenden Schulen durchführt,
- die Bereitstellung von Therapie- und Pflegemöglichkeiten mit den erforderlichen räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen (Schule, die Kinder mit umfassenden Beeinträchtigungen oder Behinderungen beschult),
- altersgemäße Spiel-, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten während des gesamten Schultags,
- Förderunterricht, zusätzliche Wahlangebote und freiwillige Unterrichtsveranstaltungen gemäß der und ergänzend zur Stundentafel (Schulen, die zur Ausbildungsreife führen),
- je nach Profil ggf. eine Rhythmisierung der Bildungs- und Betreuungsangebote mit dem Pflichtunterricht.

2.1.2 Schulträger

- Stellt räumliche und sächliche Voraussetzungen für Ganztagsangebot sicher und unterstützt Schulen bei der Einrichtung von Lehrerarbeitsplätzen im Sinne flexibler Lösungen.
- Mindestausstattung Räumlichkeiten:
Speiseraum mit zugehöriger Vorbereitungsküche
Cafeteria (Begegnungsbereich) ggf. in Kombination mit Speiseraum
Bereiche für Freizeit, Bewegung und Spiel, Musizieren und kreatives Gestalten im Schulgebäude und auf dem Schulgelände
Schulbibliothek/Mediathek oder Stadtteilbibliothek mit ausreichendem Angebot Räume für (Haus-)Aufgabenhilfe und -betreuung oder für angeleitete Übungs- und Lernzeit, AGs sowie Stille- und Ruhephasen
Konzept für die Mehrfachnutzung von Klassenräumen sowie für die flexible, bewegungsfördernde Gestaltung von Klassenräumen und Schulgebäude
Barrierefreiheit und Räume für sonderpäd. Förderung und Pflege für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen.

Ab dem Schuljahr 2026/2027 soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht umgesetzt werden.

(Beginnend mit den 1. Schuljahren!!! Erst im Schuljahr 2029/2030 gilt der Anspruch für alle Grundschul Kinder.)

Beiträge zum Gelingen einer ganztägigen Schule:

Dr. Stefan Appel:

Hier: Focus Schülerinnen und Schüler

Raum- und Ausstattungskonzepte an Ganztagschulen

Die ganztägig geführte Schule als Lern- und Lebensort

1. Grundlegende Voraussetzungen: Kinder- und Jugendbedürfnisse

- Weil die Kinder und Jugendlichen die wichtigsten Personen in der Schule sind, müssen deren Belange bei allen noch so relevanten Intentionen der Erziehung, der Sozialisation, des Lernens oder der sinnhaften Lebensvorbereitung im Vordergrund stehen.

1.2 Altersbezogene Lebens- und Lernbedürfnisse

- Eine Lebensschule ganzheitlicher Art kommt nicht umhin, sich den jungen Menschen intensiv zuzuwenden und ernsthaft zu fragen, wie und mit wem, unter welchen Bedingungen und mit welchen Interessen die Schüler/innen sich in der ganztägig konzipierten Schule auf das Miteinander einlassen sollen.
- Kinder- und Jugendbedürfnisse im Ganztagsunterricht ermitteln.

1.3 Ambiente – das Arrangement der Lern- und Lebensumwelt

- Die gesamten Lebens-, Lern- und Beschäftigungsräume müssen nicht nur ansprechend und in einem abgestimmten ästhetischen Ambiente (Farbgebung) gestaltet sein, sondern auch eine anregende differenzierte Ausstattung haben.
- „Atmosphäre des Wohlbefindens schaffen“ (Spitzer 2003).

2. Räume für Bildungs-, Freizeit- und Betätigungsbedürfnisse

- Ganztagschulen benötigen mindestens 8 zusätzliche Räume: Küche mit Wirtschaftsräumen / Speiseraum mit Nebenfunktionen (z.B. Spielothek mit Ausgabentheke für Tischspiele) / Cafeteria / Bewegungsspielraum / Freizeitbibliothek / Spielothek / Clubraum für Musik / Ruhezone

Ausblick:

Fünf Komponenten machen eine positive Ganztagschulentwicklung aus:

- Eine innovative Schulleitung
- Ein engagiertes Kollegium
- Ein kindgerechtes Pädagogikkonzept
- Eine ausreichende Personalversorgung und
- Eine adäquate Raum- und Sachausstattung – vom Kind aus gedacht (s.o. Bedürfnisse ermitteln)

Egon Teppe, Schulbauberater: Lehrerarbeitsplätze und Sozialraum

Hier: Focus Lehrkräfte

Zitat: „Folgende Punkte sollten bei einer arbeitnehnergerechten Gestaltung der Räume und Flächen für Lehrkräfte und weitere Professionelle beachtet werden:

1. Arbeitsfunktion

- Grundsätzliche Trennung von Räumen mit Arbeitsfunktion und solchen mit sozialer Funktion – wie es eigentlich in der Arbeitsstättenverordnung von 2016 vorgeschrieben ist,
- nach Möglichkeit personalisierte Arbeitsplätze (zumindest für Vollzeitkräfte, um das „Liegenlassenkönnen“ von angefangenen Arbeiten (Korrekturen, Materialzusammenstellung, Reminder etc.) bei plötzlichem Abruf (Vertretung, Gespräche etc.) zu ermöglichen, da an solche Unterbrechungen sich häufig ein regulärer Einsatz anschließt,
- bei Teilzeitlehrern muss man bzgl. der Personalisierung ggfs. Kompromisse eingehen,
- keine Großraumbüros mit mehr als 6 zugewiesenen Arbeitsplätzen, da mit der Personenzahl die Störfrequenz rasant zunimmt,
- Sichtbeziehungen zu Fluren oder Gemeinschaftsräumen, da damit das Suchen nach Personen reduziert wird,
- IT-Infrastruktur über WLAN und Accesspoints, zur Platzersparnis und Vereinfachung der Mobilität nur mobile Endgeräte. Datenbank für Unterrichtsmaterial,
- Schülerdokumentation, z.B. Web-basiert über VPN-Tunnel; keine einsamen Dinosaurier in Form von Zentralrechnern in irgendwelchen Nebenräumen wg. vorgeblichem Datenschutz,
- Einheitliche, wertschätzende Möblierung, auch mit ergonomischen Sitzmöbeln,
- Schaffung von Teambesprechungsräumen für kleine Gruppen (mind. einer) mit Buchungssystem
- Entsprechende Räume für Schüler-Coaching und Beratung,
- Berücksichtigung von Räumen für weitere Professionelle (Sonderschullehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte, Inklusionshelfer etc.).

2. Soziale Funktion

- Ein ausreichend großer Sozial- und Pausenraum, der im Prinzip eigentlich frei von arbeitsbedingten Störungen („Produktionsabläufe, Publikumsverkehr, Telefonate“ (Wortlaut ArbStättVO) sein sollte,
- Wertschätzende Möblierung mit bequemen Sitzmöbeln, aber auch Tischgruppen,
- Ggf. über L-Lösung optisch etwas abgeteilt eine kleine Küchenzeile, Ausstattung mit: Kaffeemaschine, Regenerationsmöglichkeit für Speisen, Kühlschrank, Geschirrspüler in ausreichendem Umfang; Reinigungszuständigkeit vorher regeln (!),
- Angrenzend ggf. ein kleiner abgetrennter Ruheraum ohne Sichtbeziehung mit entsprechender Nutzungsregelung,
- Zentraler Infoscreen, Postfachzugriff, so dass auch Schülerinnen und Schüler etwas abgeben/hinterlegen können, ohne die Pause zu stören.“



Engin Eroglu, MdEP
Landesvorsitzender

Bildungspolitik ist eine der zentralen Zukunftsfragen für Hessen – und eine der Kernkompetenzen der FREIE WÄHLER in unserem Bundesland. Sie entscheidet darüber, welche Chancen unsere Kinder und Jugendlichen haben, wie gut unser Bildungssystem auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt vorbereitet ist und wie wir langfristige Fachkräftemangel sowie soziale Ungleichheit bekämpfen können. Als FREIE WÄHLER Hessen setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass Bildung nicht nur gebührenfrei, sondern auch qualitativ hochwertig, modern und gerecht gestaltet wird. Unser Ziel ist es, Schulen und Kitas zu stärken, Lehrkräfte zu entlasten und Bildungschancen für alle zu verbessern – unabhängig von Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten.

Als Landesvorsitzender ist es mir ein besonderes Anliegen, dass Bildungspolitik nicht von parteipolitischen Ideologien dominiert wird, sondern sich an pragmatischen und zukunftsorientierten Lösungen orientiert. Wir FREIE WÄHLER Hessen nehmen diese Verantwortung ernst und werden weiterhin entschlossen für eine starke, nachhaltige und gerechte Bildungslandschaft in Hessen kämpfen.

Dabei ist uns der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig. Bildung geht uns alle an – deshalb freuen wir uns über jede und jeden, der mit uns darüber diskutieren möchte. Wir laden alle herzlich ein, sich einzubringen, Ideen zu teilen und gemeinsam mit uns für eine bessere Bildung in Hessen zu arbeiten!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende:



Mitglied oder Förderer werden:



GUTES GELINGEN BEI DER WEITERARBEIT!

Kontakt:

LAG Bildung

Die LAG Bildung erarbeitet Forderungen aus dem gesamten Bildungsspektrum - von der Krippe, über die Schule, bis hin zu Universität und Meisterschule.

VORSITZENDE: CORNELIA HENKEL / NORA ZERENNER
lag@bildung.freiewaehler-hessen.de





Landesgeschäftsstelle
FREIE WÄHLER Hessen
Bahnhofstr. 82-86
35390 Gießen
Tel.: 0641 20109322
geschaeftsstelle@freiewaehler-hessen.de

www.freiewaehler-hessen.de



**FREIE
WÄHLER**
Hessen